

Zweiter Teil:

Vollzugsordnung.

I. Verfahren und Ordnung in den Anstalten.

A. Allgemeines.

§ 36.

Hausordnung.

1. Für jede Anstalt wird zur Regelung der örtlichen Sonderverhältnisse der Beamten und Gefangenen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Hausordnung erlassen.

Verhaltensvorschriften für die Gefangenen.

2. Ferner sind in jeder Anstalt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Verhaltensvorschriften aufzustellen, in die die allgemeinen und die für die Anstalt geltenden besonderen Bestimmungen über das Verhalten und die Behandlung der Gefangenen und über ihre Rechte und Pflichten aufzunehmen sind. Insbesondere ist darin eine Tagesordnung für das Aufstehen, Niederlegen und die Arbeitszeit festzustellen, die durch die Mahlzeiten und die Bewegung im Freien in angemessenen Zwischenräumen unterbrochen werden soll.

3. Jeder Gefangene wird bei oder alsbald nach der Annahme mit den wesentlichen Verhaltensvorschriften bekannt gemacht (vgl. § 42 Abs. 2).

§ 37.

Behandlung der Gefangenen.

1. Bei der Behandlung aller Gefangenen ist jede in den Gesetzen und den Ausführungsvorschriften nicht zugelassene Schärfung oder Milderung des Vollzuges verboten. Jede Ungebühr gegen Gefangene, wie schimpfen, stoßen, schlagen und dergl., ist untersagt. In dem Verkehr mit den Gefangenen und ihren Angehörigen ist jede Schroffheit zu vermeiden (vgl. auch § 26 Abs. 4).

Aufgaben des Strafvollzuges.

2. Bei dem Vollzuge der Strafen sind mit der Zufügung des Strafübels und mit der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung geistige und sittliche Hebung, Erhaltung der Gesundheit

und Arbeitskraft, gleichmäßig in der Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft anzustreben. Auf Erziehung zu einem geordneten, gesetzmäßigen Leben nach der Entlassung ist besonders hinzuwirken. Diese Ziele sind mit Ernst und Festigkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit unter Beachtung der Persönlichkeit, der Tat und des Vorlebens der Gefangenen zu verfolgen; namentlich muß das weibliche Geschlecht, Gebrechlichkeit, jugendliches und vorgerücktes Lebensalter berücksichtigt werden. Das Ehrgefühl ist zu schonen und zu stärken.

§ 38.

Milderung des Strafvollzuges.

1. Bei dem Vollzuge von Gefängnisstrafen nach Ablauf von drei Monaten kann bei Fleiß und guter Führung eine allmähliche Milderung des regelmäßigen Straßzwanges eintreten. Es dürfen insbesondere folgende Vergünstigungen gewährt werden:

- a) Halten einer Tageszeitung (§ 106 Abs. 2, 3);
- b) Rauchen gemäß § 66 Abs. 3;
- c) Ausschmückung der Zelle durch Bilder und Blumen, Anschaffung eines Kalenders;
- d) schriftliche Arbeiten oder Aufzeichnungen oder Zeichnen und Beschaffung der dazu erforderlichen Geräte;
- e) bei Einzelhaft oder Zellenhaft Beleuchtung eine bestimmte Zeit lang nach Einschluß (§ 86 Abs. 2);
- f) eine zweite Freistunde, in der auch Turnübungen usw. zugelassen werden können;
- g) bei Einzelhaft oder Zellenhaft Befreiung von der Verpflichtung, nach Vollendung des täglichen Arbeitsmaßes während der Arbeitszeit die Arbeit fortzusetzen (§ 88 Abs. 6);
- h) teilweise oder völlige Selbstbeschäftigung. Die Bestimmungen des § 91 Abs. 2 Satz 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

2. Andere mit der Ordnung und Sicherheit der Anstalt vereinbarte Vergünstigungen sind nicht ausgeschlossen. Von der Einhaltung der oben vorgesehenen Mindestfristen kann aus besonderen Gründen abgesehen werden; diese Gründe sind in den Personalakten (§ 46 Abs. 5) zu vermerken.

3. Die Gewährung von Vergünstigungen darf nicht zu einer ziellosen Erleichterung des regelmäßigen Straßzwanges führen, muß vielmehr auf die Erreichung der im § 37 Abs. 2 gedachten Ziele in Anpassung an die Persönlichkeit des Gefangenen planmäßig abgestellt werden. Dies ist bei der Auswahl, der Reihenfolge und dem Ausmaß der Vergünstigungen unter Berück-

sichtigung der voraussichtlichen Strafdauer zu beachten. Die Vergünstigungen müssen dem Gefangenen Ziele sein, für die es ihm lohnt, seinen Willen anzuspinnen oder zu beherrschen.

4. Bestand bei einem Gefangenen nach der ausdrücklichen Feststellung des Urteils der ausschlaggebende Beweggrund zur Tat darin, daß er sich zu der Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet hielt, so sind ihm die für die Strafart zulässigen Vergünstigungen ohne weiteres zu gewähren. Von der Einhaltung von Fristen, die für die Gewährung von Vergünstigungen vorgeschrieben sind, kann bei einem solchen Gefangenen abgesehen werden. In solchen Fällen hat die Vollstreckungsbehörde dem Annahmeersuchen (§ 40) eine beglaubigte Abschrift des Urteils beizufügen.

5. Mißbraucht ein Gefangener eine Vergünstigung oder zeigt er sich ihrer unwürdig, so kann sie vom Vorsteher beschränkt oder entzogen werden (§ 73 Abs. 2b).

6. Bei den Personalakten ist ein Verzeichnis zu führen, aus dem die einzelnen Vergünstigungen und die Zeit ihrer Bewilligung oder Entziehung jederzeit vollständig ersichtlich sein müssen.

7. Über vorläufige Entlassung und Strafaussetzung mit Aussicht auf Begnadigung vgl. § 116.

B. Annahme der Gefangenen.

§ 39.

Voraussetzungen.

1. Der Eintritt in die Anstalt erfolgt durch Selbststellung oder Einlieferung. Für den ersten Fall wird dem Vorsteher von der zuständigen Behörde (Abs. 2) mitgeteilt, bis zu welcher Zeit eine Person sich stellen soll. Hat sie sich bis dahin nicht gestellt, so ist die Behörde zu benachrichtigen.

Annahmeersuchen.

2. Bedingung für die Annahme ist ein schriftliches Annahmeersuchen

- a) bei Strafgefangenen der Staatsanwaltschaft oder des Amtsrichters;
- b) bei Zivilhaftgefangenen des Richters; wenn der Gefangene im Auftrage des Gläubigers durch einen Gerichtsvollzieher eingeliefert wird, so tritt an die Stelle des Annahmeersuchens der Haftbefehl;
- c) bei Polizeigefangenen der Polizeibehörde;
- d) bei Untersuchungsgefangenen des Richters oder der Staatsanwaltschaft.

Vorläufige Annahme.

3. Personen, die von einer öffentlichen Behörde oder von Beamten des Polizei- oder Sicherheitsdienstes eingeliefert werden, können ohne schriftliches Annahmeersuchen vorläufig angenommen werden. Dem Vorsteher ist eine solche Annahme sofort anzuzeigen.

4. Wird ein Gefangener in Fällen des Abs. 3 oder auf Grund einer Ladung zum Strafantritt ohne schriftliches Annahmeersuchen vorläufig angenommen, so ist ein solches bei der Strafvollstreckungsbehörde oder der sonst beteiligten Behörde unverzüglich einzufordern. Geht das Ersuchen nicht innerhalb vierundzwanzig Stunden seit der Annahme ein, so ist in den Fällen des Abs. 3 bei der einliefernden Behörde, wenn erforderlich, drähtlich anzufragen, ob der Angenommene entlassen werden kann. Geht auch hierauf nicht binnen achtundvierzig Stunden seit der Annahme das Ersuchen ein, so ist der Angenommene zu entlassen. Die Einlieferungsbehörde ist bei der Anfrage hierauf hinzuweisen.

Selbststeller.

5. Ob sich selbst stellende Personen anzunehmen sind, die betrunken oder offensichtlich krank sind, oder die nach den Einlieferungsbestimmungen nicht in die Anstalt gehören, entscheidet der Vorsteher.

Eingelieferte.

6. Angetrunkene oder arg unreinlich eingelieferte Personen sind zwar anzunehmen, jedoch ist der Tatbestand in Gegenwart des Begleitbeamten festzustellen und bei der einliefernden Behörde Beschwerde zu führen. Findet die Beschwerde keine Beachtung, so ist an die Aufsichtsbehörde zu berichten.

Unzuständige Anstalt.

7. Eingelieferte Strafgefangene, die nach den Einlieferungsbestimmungen nicht in die Anstalt gehören, sind anzunehmen, doch ist die einliefernde Behörde schleunigst um Überführung des Gefangenen in die zuständige Anstalt zu ersuchen, oder es ist zur Vermeidung von Kosten bei der Aufsichtsbehörde das Verbleiben in der Anstalt zu beantragen.

Annahmezeit.

8. Personen, die sich zum Strafantritt melden, werden in der Regel nur an Werktagen, nicht vor acht Uhr morgens und nicht nach fünf Uhr abends angenommen. Die Hausordnung kann abweichende Bestimmungen treffen. Untersuchungs- und Durch-

gangsgefangene sowie vorläufig Festgenommene werden zu jeder Zeit angenommen. Werden Strafgefangene oder Polizeige-fangene nach Einschluß unangemeldet eingeliefert, so sind sie zurückzuweisen, wenn nicht ein vorschriftsmäßiges Annahmeer-suchen vorliegt oder von dem Begleitbeamten vorgelegt wird.

§ 40.

Anlagen zum Annahmeer-suchen.

Dem Annahmeer-suchen ist bei Strafgefangenen beizufügen:

1. eine beglaubigte Abschrift des verfügenden Teils des Strafurteils, Strafbefehls oder der Strafverfügung mit der Be-scheinigung der Rechtskraft;

2. ein Verzeichnis der Vorstrafen; im Strafregister getilgte Verurteilungen sind nicht mitzuteilen; bei Verurteilungen, die der beschränkten Auskunft unterliegen, ist dies besonders her-vorzuheben.

§ 41.

Prüfung der Persönlichkeit.

1. Vor der Annahme ist die Persönlichkeit des Anzu-nehmenden festzustellen und zu prüfen, ob die Annahmefin-dungen erfüllt sind. Im Zweifelsfall ist die Entscheidung des Vorstehers einzuholen.

Eingebrachte Sachen.

2. Das von dem Begleitbeamten über die Sachen eines Ein-gelieferten vorgelegte Verzeichnis wird geprüft. Der Begleit-beamte erhält über die Ablieferung des Gefangenen und der Sachen eine Bescheinigung mit Angabe der Einlieferungszeit. Gelder, Wertgegenstände und wichtige Urkunden des Gefangenen wer-den zur Aufbewahrung abgeliefert (§ 45). Briefe und sonstige Schriftstücke werden in einen Briefumschlag gesteckt, der ver-schlossen in dem Kleiderbeutel aufbewahrt wird. In den Akten oder dem Annahmefbogen ist ein Vermerk zu machen (§ 46 Abs. 5).

§ 42.

Annahmeverhandlung.

1. Über die Annahme wird eine Verhandlung nach dem üblichen Muster (Annahmefbogen) aufgenommen (§ 46). Den Strafgefangenen ist dabei von der Berechnung der Strafzeit Kenntnis zu geben. Jeder Gefangene ist darauf hinzuweisen, daß seine Angaben über die Person in das Gefangenbuch ein-getragen werden, und daß er sich durch vorsätzlich falsche An-gaben der strafrechtlichen Verfolgung wegen Herbeiführung einer falschen Beurkundung aussetze (§§ 271 ff. St.G.B.).

2. Jedem Gefangenen ist bei der Annahme mitzuteilen, daß er einen Abdruck der Verhaltensvorschriften (§ 36 Abs. 2) in dem ihm angewiesenen Haftraum vorfinde.

§ 43.

Annahmearzeige.

Die Annahme und die Berechnung der Strafzeit ist der ersuchenden Behörde anzuzeigen. Wird während der Strafverbüßung eine Gesamtstrafe oder eine Zusatzstrafe erkannt, so ist die veränderte Strafberechnung dem Gefangenen mitzuteilen und der Strafvollstreckungsbehörde anzuzeigen. Das Geschehene ist in den Akten oder dem Annahmehoben zu vermerken (§ 46).

§ 44.

Annahmezelle.

1. In der Regel ist jeder neu angenommene Gefangene zunächst in einer Annahmezelle oder in einem anderen geeigneten Raume getrennt von den endgültig angenommenen Gefangenen unterzubringen.

Durchsuchung.

2. Die Gefangenen und deren Sachen sind von einem Aufsichtsbeamten sorgfältig zu durchsuchen. Die Gefangenen sind hierbei darauf hinzuweisen, daß der Versuch, Gegenstände zu verheimlichen, bestraft wird. Die Durchsuchung der weiblichen Gefangenen besorgt eine Aufsichtsbeamtin oder eine andere zuverlässige Frau (§ 15 Abs. 2).

Baden.

3. Jeder Neuangenommene ist, soweit eine Badeeinrichtung vorhanden ist, zu baden. Für weibliche Gefangene gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

4. Beim Baden und Untersuchen ist das Ehr- und Schamgefühl zu schonen.

Angeziefer, Hautkrankheiten.

5. Ist ein Gefangener bei der Annahme mit Hautkrankheiten oder außergewöhnlich stark mit Angeziefer behaftet, so ist dem Arzte Kenntnis zu geben.

6. Kommt der Gefangene aus einem Orte, in dem eine gefährliche Seuche (Cholera, Typhus usw.) herrscht, so hat der Vorsteher im Benehmen mit dem Arzte eine Absonderung von angemessener Dauer anzuordnen.

Abgenommene Gegenstände.

1. Alle während der Haft entbehrlichen Gegenstände, insbesondere Gelder, Kostbarkeiten, Papiere, überflüssige Kleidungsstücke, und alle Gegenstände, die zur Beförderung der Flucht dienen können, werden abgenommen. Den Zivilhaftgefangenen, Untersuchungsgefangenen, Gefangenen mit einfacher Haft und ausnahmsweise auch anderen Gefangenen können einzelne Gegenstände von dem Vorsteher belassen werden. Trauringe sind den Gefangenen auf Antrag zu belassen, soweit eine mißbräuchliche Benutzung nicht zu befürchten ist.

2. Die abgenommenen Gegenstände einschl. der Gelder und Wertsachen sind in einer Liste zu verzeichnen. Dabei ist zur Vermeidung unberechtigter Ansprüche die Beschaffenheit der Gegenstände genau anzugeben (z. B. ob alt, neu, gut erhalten, beschädigt, Art des Stoffes usw.). Die Eintragung ist von dem damit beauftragten Beamten und dem Gefangenen zu unterschreiben.

3. Befinden sich unter den abgenommenen Gegenständen Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten, so hat der Vorsteher über die Verwahrung besondere Bestimmungen zu treffen. Bei Verwahrung von Geldern, Wertpapieren und Kostbarkeiten ist für jeden Gefangenen eine besondere Papierhülle zu verwenden, auf der der Name, die Nummer der Liste, der Inhalt und etwaige Veränderungen im Bestande zu vermerken sind.

4. Alle verwahrten Gegenstände sind vor Diebstahl und Verderben zu schützen. Kleider und Wäsche werden je nach Bedarf und Beschaffenheit gereinigt, gewaschen, entkeimt und auf Bügeln oder in Beuteln verwahrt, die mit laufenden Nummern zu versehen sind. Bügel und Beutel müssen mit einem Täfelchen, das den Namen und die Nummer des Gefangenenbuches trägt, versehen werden; die Nummer ist in dem Verzeichnis nach Abs. 2 zu vermerken. Die Sachen müssen zur Vermeidung von Erbschaftsansprüchen in angemessenen Zwischenräumen nachgesehen, gelüftet und ausgeklopft werden. Die beteiligten Beamten sind für sorgfältige Verwahrung der Sachen haftbar. Der Vorsteher kann aus besonderen Gründen Gefangenen mit einer Strafzeit von mehr als 5 Jahren gestatten, über ihre Habseligkeiten zu verfügen.

5. Gegenstände, die während der Haft für Gefangene eingehen und nicht zum Gebrauch überlassen werden, sind in derselben Weise zu verwahren.

6. Das Vorhandensein der aufbewahrten Gelder und Wertgegenstände hat der Vorsteher durch ausreichende Stichproben vierteljährlich und auch unvermutet festzustellen. Über den Befund ist eine Niederschrift aufzunehmen und die Liste mit einem Prüfungsvermerk zu versehen.

§ 46.

Personenbeschreibung.

1. Von Untersuchungsgefangenen und von Strafgefangenen mit einer Strafdauer von mehr als sechs Monaten ist alsbald nach der Annahme eine genaue Beschreibung der Person zu den Akten zu bringen.

Wiegen.

2. Die Gefangenen der Landesstrafanstalt sind nach der Annahme und sodann alle acht Wochen zu wiegen. Das Gewicht ist in einer Liste oder in den Personalakten zu vermerken.

Erkennungsdienst.

3. Für Zwecke des Erkennungsdienstes dürfen Messungen, Fingerabdrücke, Lichtbild-Aufnahmen und sonst erforderliche Feststellungen an Gefangenen vorgenommen werden.

Gefangenenbuch.

4. In jeder Anstalt ist ein Gefangenenbuch zu führen.

Personalakten.

5. Für Gefangene mit Strafen von mehr als sechs Monaten sind mit dem Annahmehogen (§ 42) Personalakten anzulegen. Bei kürzeren Strafen genügen Blattsammlungen, die nur nach Bedarf geheftet werden. Wird später an demselben Gefangenen eine weitere Strafe von längerer Dauer in einer anderen Anstalt vollzogen, so sind die Akten oder der Annahmehogen zum Zwecke der Fortführung einzufordern.

Strafakten.

6. Die Strafakten sind einzufordern, wenn es für die Behandlung des Gefangenen notwendig erscheint. Der wesentliche Inhalt ist in der Beamtenbesprechung kurz mitzuteilen. Ein Auszug aus den Strafakten ist, soweit erforderlich, zu den Personalakten zu fertigen.

Lebenslauf.

7. Von Gefangenen mit Strafen von mehr als sechs Monaten ist binnen einer Woche seit der Annahme ein selbst geschriebener Lebenslauf nach dem üblichen Muster (Fragebogen) zu den Personalakten zu bringen. Für Schreibunkundige Gefangene wird

der Fragebogen nach ihren Angaben durch einen Beamten ausgefüllt. Die Ausfüllung der Fragebogen ist, soweit erforderlich, auf Richtigkeit und Vollständigkeit nachzuprüfen. Dabei sind insbesondere die Verhältnisse klarzustellen, die für die Behandlung des Gefangenen während der Strafzeit und für die Fürsorge nach seiner Entlassung von Bedeutung sein können.

Alters- und Invalidenversicherung.

8. Bei versicherungspflichtigen Gefangenen, die eine Strafe von neun monatiger oder längerer, indessen nicht lebenslänglicher Dauer verbüßen, ist alsbald nach der Annahme die Quittungskarte, nötigenfalls durch die Vermittelung der Heimatsbehörde, einzuziehen. Das Weitere ist nach der Reichsversicherungsordnung zur Abwendung von Verlusten des Gefangenen (§ 1280) unverzüglich zu veranlassen. Zur Erhaltung der Anwartschaften können fällige Beiträge aus dem Hausgeld, der Rücklage oder mit Zustimmung des Gefangenen aus seinen eigenen Mitteln gezahlt werden.

Rentenbezug.

9. Bei der Annahme von Gefangenen mit Strafen von mehr als einem Monat ist festzustellen, ob und woher sie eine reichsgesetzliche Rente beziehen. Bei Unfallrenten ist dem Versicherungsträger die Strafdauer ohne Angabe der Straftat mitzuteilen. Dem Gefangenen ist vorher Kenntnis zu geben und ein etwaiger Antrag, die Rente für die Strafdauer der Familie zu überweisen, dem Versicherungsträger gleichzeitig zu übermitteln. Bei Gefangenunfallrenten (Ges. vom 30. 6. 1900, RGBl. S. 536) ist die Anzeige an die Ausführungsbehörde zu richten. Bezieht der Gefangene eine Rente auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 (RGBl. S. 989), so ist der Versorgungsbehörde Mitteilung zu machen, wenn die zu verbüßende Strafe wenigstens drei Monate beträgt.

§ 47.

Unterbringung und Trennung.

1. Die Gefangenen sind nach der Art der Haft zu trennen. Es sind abgesonderte Räume zu bestimmen für

- a) Untersuchungsgefangene;
- b) Strafgefangene, unter Scheidung der zu Gefängnis, Haft und geschärfter Haft (§ 361 Nr. 3 bis 8 StGB.) Verurteilten;
- c) Zivilhaftgefangene;
- d) Polizeigefangene.

2. Gefangene verschiedenen Geschlechts dürfen niemals in einem Raume zusammengebracht werden. Können die Gefangenen nicht oder in vollkommen abgeschlossenen Abteilungen untergebracht werden, so sind wenigstens zur Verwahrung von weiblichen Gefangenen besondere Räume zu bestimmen, auch ist schon durch die Einrichtungen selbst jeder Verkehr zwischen männlichen und weiblichen Gefangenen zu verhindern.

3. Rechtskräftig Verurteilte sind in kürzester Frist den zuständigen Anstalten zuzuführen.

§ 48.

Kranke.

1. Gefangene, die mehr als einen Monat Strafe zu verbüßen haben oder die krankheitsverdächtig sind oder die ärztliche Untersuchung verlangen, müssen alsbald nach ihrem Eintritt auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ärztlich untersucht werden. Verneint der Arzt die Haftfähigkeit, so ist, so weit nötig, unverzüglich die Entscheidung der Vollstreckungsbehörde einzuholen.

2. Frauen, deren Schwangerschaft bereits bis zum sechsten Monat vorgeschritten ist, sollen zur Strafverbüßung nicht angenommen werden, wenn nicht die Annahme von der Vollstreckungsbehörde in Kenntnis des Zustandes ausdrücklich verlangt wird. Das gleiche gilt für Wöchnerinnen bis zum Ablauf von drei Monaten nach der Entbindung.

3. Personen, die an rasch verlaufenden Ansteckungskrankheiten — Pocken, Scharlach, Masern und Röteln, Rose, Diphtherie, Unterleibstypheus (gastroischem Fieber), Fleckfieber, Rückfallfieber, Ruhr, asiatischer Cholera, Pest, Influenza, Grippe, Keuchhusten, epidemischer Genickstarre, Kindbettfieber, ansteckender Augenentzündung, Rost, Hundswut, Milzbrand — leiden, dürfen erst nach völliger Genesung und nach Entseuchung ihrer Wäsche und Kleidungsstücke angenommen werden.

4. Wird von der zuständigen Behörde mit Rücksicht auf die Untersuchung oder die Strafvollstreckung die Annahme Kranker verlangt, so sind für die Behandlung in der Anstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 49.

Kinder von Gefangenen.

Den Gefangenen ist nicht zu gestatten, Kinder mitzubringen. Eine Ausnahme ist nur zulässig, wenn und solange nach dem Gutachten des Anstaltsarztes ein Säugling von der Mutter nicht getrennt werden darf. Werden in anderen Fällen Kinder mitgebracht oder mit eingeliefert, so sind sie nur solange in der

Anstalt zu belassen, bis die sofort anzurufende Polizeibehörde sie anderweitig unterbringt.

C. Haftformen.

§ 50.

Allgemeines.

1. Die Gefangenen werden in Einzelhaft, Zellenhaft oder Gemeinschaftshaft untergebracht.

Einzelhaft.

2. Bei Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten.

Zellenhaft.

3. Bei Zellenhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht, insbesondere auch bei der Arbeit, allein in einer Zelle untergebracht, jedoch bei der Bewegung im Freien, beim Gottesdienst, beim Unterricht und bei ähnlichen Anlässen mit anderen Gefangenen zusammengebracht.

4. Einzelhaft und Zellenhaft sind ausgeschlossen, wenn sie den Gefangenen geistig oder körperlich gefährden würden.

5. Die Einzelhaft darf ohne die Zustimmung des Gefangenen die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen (§ 22 StGB.). In Zellenhaft soll ein Gefangener gegen seinen Willen in der Regel nicht mehr als drei Jahre unter Einrechnung der etwa in Einzelhaft verbrachten Zeit gehalten werden.

Gemeinschaftshaft.

6. Die Gemeinschaftshaft besteht darin, daß der Gefangene bei Tage, besonders auch bei der Arbeit, regelmäßig mit anderen Gefangenen zusammengebracht wird.

§ 51.

Anwendung der Einzelhaft und der Zellenhaft.

1. Die endgültige Bestimmung, ob, bei Strafgefangenen Einzelhaft oder Zellenhaft oder Gemeinschaftshaft anzuwenden ist, trifft der Vorsteher (§ 12); dabei sind die Persönlichkeit, insbesondere das Lebensalter und der Bildungsgrad, ferner die Straftat und das Vorleben zu berücksichtigen. Soweit angängig, sind zunächst die Zellen und erst dann die Gemeinschaftsräume zu belegen. Gefangene, von denen ein schädlicher Einfluß auf Mitgefangene zu befürchten ist, sind nach Möglichkeit in Einzelhaft oder in Zellenhaft unterzubringen.

2. In Einzelhaft oder Zellenhaft sind zu halten: die zu einfacher Haft, Zivilhaft und Militärarrest Verurteilten.

3. Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten werden in der Regel ganz in Einzelhaft oder Zellenhaft vollzogen. Gefangene mit längerer Strafzeit sollen mindestens während der ersten drei Monate in Einzelhaft oder Zellenhaft gehalten werden. Der Vorsteher kann von diesen Vorschriften insbesondere dann absehen, wenn von der Einzelhaft oder der Zellenhaft nach der Persönlichkeit, der Straftat und dem Vorleben ein Erfolg nicht zu erwarten ist.

4. Gefangene, die noch nicht fünfundzwanzig Jahre alt sind, oder die noch keine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verbüßt haben, sind, wenn angänglich, in Einzelhaft oder Zellenhaft unterzubringen.

5. Dem Wunsche eines Gefangenen, in Einzelhaft oder Zellenhaft gehalten zu werden, ist nach Möglichkeit zu entsprechen.

6. Wegen der Untersuchungsgefangenen vgl. § 130 Abs. 2.

§ 52.

Zellenbesuche.

1. Der Vorsteher, die Geistlichen und der Lehrer sowie der Hauptwachtmeister haben die Gefangenen in Einzelhaft und in Zellenhaft möglichst oft zu besuchen, um sie kennen zu lernen und durch Unterredung und Ermahnung hebend und bessernd auf sie einzuwirken. Mindestens einmal täglich sind die Gefangenen von einem Aufsichtsbeamten aufzusuchen.

2. Die Beamten haben wichtige Beobachtungen dem Vorsteher mitzuteilen, namentlich, wenn von der Fortdauer der Einzelhaft oder der Zellenhaft eine Schädigung der Gesundheit befürchtet wird.

3. Die männlichen Beamten haben gegenüber weiblichen Gefangenen die erfahrungsmäßig gebotene Vorsicht zu beobachten und Zellenbesuche regelmäßig nur bei offener Zellentür oder unter Anwesenheit einer Beamtin vor der Zelle zu machen.

§ 53.

Gemeinschaftshaft.

1. Räume für Gemeinschaftshaft sind in der Regel mit mindestens drei Personen und nur ausnahmsweise mit zwei zu belegen, insbesondere, wenn es wegen Krankheit oder Hilflosigkeit eines Gefangenen notwendig ist. Die Zusammenlegung von Erwachsenen und Jugendlichen ist unzulässig. Mehr als dreißig Gefangene sollen bei Tage in einem Raume nicht untergebracht werden. Während der Nacht sollen in einem Raume nicht mehr als zwanzig Gefangene verwahrt werden.

2. Eine Absonderung der Gefangenen in der Kirche und Schule, während der Mahlzeiten und bei der Bewegung im Freien ist nicht ausgeschlossen.

3. Für die Nacht werden die Gefangenen nach Möglichkeit in Schlafzellen untergebracht, sofern nicht der Zustand einzelner gemeinsame Verwahrung nötig macht. Schlafzellen sind vorzugsweise für jüngere und besserungsfähige, aber auch für besonders gefährliche oder der Ordnung schädliche Gefangene zu benutzen. Die Schlafzellen dienen auch zum Aufenthalt während der arbeitsfreien Zeit und an Sonn- und Feiertagen.

4. Bei der Zuweisung in Gemeinschaftsräume sind die Straftat, die Vorstrafen, das Lebensalter und die sonstige Persönlichkeit der Gefangenen zu berücksichtigen. In derselben Sache Verurteilte sind nach Möglichkeit zu trennen. Gefangene, die ihre Mitgefangenen erheblich belästigen, sind aus der Gemeinschaftshaft nach Möglichkeit fernzuhalten.

5. Die im § 67 Abs. 1 genannten Beamten haben die Gefangenen möglichst oft aufzusuchen.

Schweigegebot.

6. Ein Schweigegebot besteht in den gemeinschaftlichen Schlaf- und Arbeitsräumen nicht, jedoch sind Gespräche, die die Ordnung oder die Arbeit stören, unstatthaft. Zwischen dem Niederlegen und dem Wecken hat zur Wahrung der Nachtruhe Stillschweigen zu herrschen. ✕

D. Verschluß und Sicherung.

§ 54.

Ein- und Ausgangsverkehr.

1. Ungehindert dürfen nur die Beamten und Angestellten der Anstalt sowie die ständig in der Anstalt verkehrenden Unternehmer und deren Werkführer aus- und eingehen. Gefangene sind nur in Begleitung eines Beamten hinauszulassen. Fremde Personen sind zu melden und, wenn sie eingelassen werden sollen, dem dazu bestimmten Beamten zu überweisen. Bei dem Ein- und Auslassen von Fuhrwerk ist besonders darauf zu achten, das Gefangenen nicht Gelegenheit zur Flucht gegeben wird. Über das Ein- und Auslassen von Fuhrwerk nach Eintritt der Dunkelheit oder nach Einschluß bestimmt die Hausordnung. Die innerhalb der Umwehrungsmauer der Anstalt wohnenden Familienangehörigen der Beamten dürfen nur zu der Wohnung des betreffenden Beamten und dem dazugehörigen Gartenlande zugelassen werden. Fremde Personen, die die Beamtenfamilien besuchen wollen, sind dieser auf kürzestem Wege zuzuführen.

2. Jeder Verkehr der Gefangenen nach außen, insbesondere mit der Nachbarschaft, ist zu verhindern, ebenso, daß Gefangene mit den in der Anstalt beschäftigten freien Handwerkern, Lieferanten und deren Gehilfen in unerlaubten Verkehr treten.

3. Während der Nachtzeit ist der Zutritt zur Anstalt regelmäßig nur dem Vorsteher und den mit Besichtigungen beauftragten Beamten gestattet. Wenn Beamte mit Familien innerhalb der Umwehrungsmauer wohnen, so ist die Überwachung des Verkehrs in der Zeit zwischen Ein- und Aufschluß durch den Vorsteher zu regeln.

§ 55.

Verschluß.

1. Die Eingänge zu den Gebäuden und Höfen, die Türen, die ganze Abteilungen begrenzen, sowie die Türen der Räume, in denen sich Gefangene befinden, insbesondere die Türen der Hasträume und die darin befindlichen Klappen, sind stets unter sicherem Verschluß zu halten. Müssen Türen zu notwendigen Einrichtungen offen stehen, so hat ein Beamter in unmittelbarer Nähe zu sein. Die Ofen- und Schornsteintüren sind nach der Heizung oder Reinigung stets wieder zu verschließen.

Verwahrung der Schlüssel.

2. Die Beamten, Unternehmer und Werkführer müssen die ihnen übergebenen Schlüssel sorgfältig verwahren.

In der Landesstrafanstalt werden die Schlüssel nur für die Zeit des Dienstes durch einen von dem Vorsteher bestimmten Beamten ausgehändigt und nach Beendigung des Dienstes oder beim Verlassen der Anstalt wieder abgenommen. Für die übrige Zeit werden die Schlüssel an einem sicheren Orte in einem verschlossenen Schranke nach Maßgabe der Hausordnung aufbewahrt. Nur der Vorsteher und der Hauptwachtmeister dürfen Schlüssel mit sich aus der Anstalt nehmen. Die Angestellten der Anstalt, die Unternehmer und deren Werkführer erhalten Schlüssel nur zu den Haft- und Aufbewahrungsräumen, in denen sie zu tun haben. Gefangenen dürfen Schlüssel irgend welcher Art niemals anvertraut werden.

Für die Gerichtsgefängnisse bestimmt die Hausordnung das Nähere.

§ 56.

Nachtdienst.

1. Die Bewachung der Anstalt bei Nacht wird durch die Hausordnung geregelt. Die Nachtaufsichtsbeamten haben die

vorgeschriebenen Rundgänge durch die Anstalt und über die Höfe zu machen und darauf zu achten, daß die Gefangenen nicht ausbrechen, unter einander keine Verbindung anknüpfen und sonst die Ruhe und Ordnung nicht stören. Nehmen sie Verdächtiges wahr, so ist die Ursache aufzuklären. Zellen und gemeinsame Schlafräume dürfen nur in dringenden Notfällen und unter Beobachtung besonderer Vorsicht nach Maßgabe der Hausordnung betreten werden. Bei Unordnung in Schlaffälen, Ausbruchsversuchen, Feuergefahr oder sonstigen Vorfällen, die die Sicherheit der Anstalt bedrohen, sind die geeigneten Maßregeln ungesäumt zu ergreifen. Der Vorsteher oder der von ihm bestimmte Beamte ist sofort herbeizurufen. Zwischen Ein- und Ausfluß dürfen Gefangene aus den Hasträumen nur auf besondere Anordnung des Vorstehers im Einzelfalle herausgenommen werden. Die ordnungsmäßige Erledigung der vorgeschriebenen Rundgänge kann durch Überwachungsuhren gesichert werden.

Lärmglocken.

2. In den Dienstwohnungen sind erforderlichenfalls Lärmglocken anzubringen, deren Betriebsfähigkeit mindestens wöchentlich einmal festzustellen ist.

§ 57.

Feuerlöschwesen.

1. Der Vorsteher hat eine Feuerlöschordnung zu erlassen und mit der Ortsfeuerwehr Fühlung zu halten. Es müssen die erforderlichen Löschgeräte und Einrichtungen in gutem Zustande vorhanden sein.

Das Löschwesen in der Landesstrafanstalt ist dem Hauptwachtmeister zu unterstellen. Die Einrichtungen sind regelmäßig alle Vierteljahre und von Zeit zu Zeit außergewöhnlich zu prüfen. Das Ergebnis ist schriftlich zu vermerken. Zu Löscharbeiten können besonders zuverlässige Gefangene in nicht zu großer Zahl herangezogen werden; sie sind in der Handhabung der Löschgeräte zu üben.

2. Neben der Rettung der Gefangenen, der Bestände, Bücher und Akten ist auf die Verhinderung von Fluchtversuchen besonders zu achten.

3. Bei Ausbruch eines Feuers in der Anstalt oder ihrer Nachbarschaft haben sich sämtliche Beamte auch zur Nachtzeit in die Anstalt zu begeben. Über das Verhalten der Beamten bei Ausbruch eines nächtlichen Gewitters bestimmt die Hausordnung.

§ 58.

Verhütung des Übersteigens.

1. Leitern oder Gegenstände, die zum Entweichen benutzt werden könnten, dürfen nur unter Aufsicht gebraucht werden und sind im übrigen unter Verschuß zu halten. Insbesondere müssen Brandleitern und Feuerhaken stets angeschlossen sein.

2. Es ist verboten, Gefangene auf den Höfen bei Arbeiten oder anderen Berrichtungen auch nur vorübergehend ohne Aufsicht zu lassen. Wenn die Beaufsichtigung unterbrochen werden muß, sind die Gefangenen in Hafträume zu führen.

§ 59.

Nachsehen der Räume und der Gefangenen.

1. Die Außenwände der Hafträume, besonders der Zellen, müssen stets vollständig übersehbar sein und dürfen weder durch Geräte noch durch Arbeitsstoffe verdeckt werden. Die Aufsichtsbeamten haben sich dauernd zu überzeugen, daß Fenstervergitterungen, Türverschlüsse, Decken, Wände, Dielen, Öfen und Einrichtungsgegenstände unbeschädigt sind, und daß in den Betten und Strohsäcken und in Winkeln nichts vorhanden ist, was die Ordnung oder Sicherheit gefährden könnte. Sie haben zu gleichem Zweck auch die Kleidungsstücke der Gefangenen zu untersuchen und bei gefesselten Gefangenen die Unversehrtheit der Fesseln zu überwachen.

2. Nach Beendigung der Arbeit bei Einschluß sind in den Werkstätten die Werkzeuge geordnet an den bestimmten Platz zu legen, nachdem ihre Vollzähligkeit nach dem ausgehängten Verzeichnis festgestellt ist. Den in den Zellen beschäftigten Gefangenen sind die Werkzeuge in gleicher Weise abzunehmen.

3. Gefangene, die die Anstalt zeitweise verlassen haben, sind bei der Rückkehr zu durchsuchen. Das gleiche gilt bei Gefangenen der gemeinsamen Haft vor dem Einrücken in die Schlafräume.

4. Die Aufsichtsbeamten haben sich beim Ein- und Ausschluß davon zu überzeugen, daß die ihnen überwiesenen Gefangenen vorhanden sind.

§ 60.

Gefährliche Gefangene.

1. Gefährliche, fluchtverdächtige oder zum Selbstmord neigende Gefangene sind den Aufsichtsbeamten zu bezeichnen, damit sie ihnen besondere Aufmerksamkeit widmen. Fluchtverdächtige sind in den am meisten gegen Ausbruch gesicherten oder unter

besonderer Aufsicht stehenden Gasträumen unterzubringen und nicht mit Arbeiten zu beschäftigen, bei denen sie gefährliche Werkzeuge in die Hand bekommen. In der Einzelhaft oder der Zellenhaft sind sie nicht zu lange in derselben Zelle zu belassen; es kann ihnen eine besondere Schlafzelle angewiesen, auch können ihnen während der Nacht die Oberkleider entzogen werden.

Zum Tode Verurteilte.

2. Zum Tode verurteilte Gefangene müssen ständig und besonders sorgfältig überwacht werden. Der Vorsteher hat im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft (und bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils auch mit dem Gericht) unter Berücksichtigung der Persönlichkeit und der Gemütsverfassung des Verurteilten das Erforderliche anzuordnen.

§ 61.

Abführung in eine Absonderungszelle.

Gefangene, die die Ordnung stören und der erteilten Warnung nicht folgen, können sofort in eine Absonderungs- oder, wo eine solche nicht vorhanden ist, in eine Arrestzelle abgeführt werden. Dem Vorsteher, bei Untersuchungsgefangenen auch dem Richter, ist ungesäumt Anzeige zu machen. Diese Maßregel darf nur solange angewendet werden, als es zur Herstellung der Ordnung oder Sicherheit erforderlich ist.

§ 62.

Beruhigungszelle, Fesselung.

1. Als Sicherungsmaßregeln sind außer der Maßnahme des § 61 nur zulässig:

- a) Einsperrung in eine Beruhigungszelle bei Wutausbrüchen, die mit Toben, Schreien oder Zerstören von Gegenständen verbunden sind. Die Beruhigungszelle besteht aus einem festen Einzelgelaß mit unzerbrechlichen Fenstern und glatten Wänden, aus dem alle Gegenstände, mit denen der Gefangene sich oder anderen Schaden zufügen könnte, entfernt sind.
- b) Fesselung nach einem Selbstmordversuch, einem Fluchtversuch oder bei Gewalttaten gegen Personen oder Sachen, sofern sie unerlässlich ist, um die Wiederholung solcher Handlungen zu verhindern oder den Gefangenen zu beruhigen. Die Fesselung kann erfolgen an den Händen durch einfache Handschellen oder solche an einem 50 Zentimeter langen eisernen Stabe an einem Fuß durch Anschließen an den Fußboden oder die Wand, an beiden Füßen durch Bein-

schellen mit Kette oder anderer beweglicher Verbindung oder an Händen und Füßen zugleich. Es ist unzulässig, die Hände auf den Rücken oder die Füße so eng zu fesseln, daß der Gefangene am Hin- und Hergehen verhindert wird. Hand- und Fußfesseln nebst Kette und Stab dürfen das Gewicht von je 5 Kilogr. nicht überschreiten. Fesseln, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind zu beseitigen. Während der Einnahme der Mahlzeiten sind die Handfesseln, soweit es nach Lage des Falles angängig ist, abzunehmen oder doch so zu lockern, daß der Gefangene bei dem Essen nicht erheblich behindert wird. Die Fesselung ist auch bei Überführungen, Vor- und Ausführungen nach Anordnung des Richters oder Vorstehers zulässig. Sie darf nur dann angeordnet werden, wenn sie nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles für unerläßlich erachtet wird.

2. Welche Sicherungsmaßregel im Einzelfalle eintreten soll, entscheidet der Vorsteher oder in dessen Abwesenheit sein Stellvertreter, der dem Vorsteher sofort Meldung zu erstatten hat. Zu einer schärferen Sicherungsmaßnahme soll nur gegriffen werden, wenn eine leichtere keinen Erfolg verspricht.

3. Über Sicherungsmaßregeln gegen Untersuchungsgefangene bestimmt der Richter auf Vorschlag des Vorstehers. Wenn Gefahr im Verzuge ist, kann der Vorsteher Sicherungsmaßregeln vorläufig anordnen, muß aber dem Richter unverzüglich Anzeige machen.

4. Die Maßnahmen nach Abs. 1 dürfen nur solange angewendet werden, als es notwendig ist, um den beabsichtigten Erfolg herbeizuführen; die Entscheidung trifft der Vorsteher. Der Arzt hat den Gefangenen täglich zu besuchen und das Geschehene in den Akten zu vermerken. Erhebt er gegen die Fortdauer einer Maßregel Bedenken oder hält er bei Einsperrung in die Beruhigungszelle den Zweck der Maßregel für erreicht, so hat der Vorsteher das Erforderliche ungesäumt zu veranlassen. Sicherungsmaßregeln gegenüber Gefangenen, die ärztlich behandelt oder beobachtet werden, bedürfen der Zustimmung des Arztes.

§ 63.

Zwangsernährung

Gefangene, die die Aufnahme der Nahrung verweigern, sind, wenn Vorstellungen erfolglos bleiben und Lebensgefahr eintritt, unter Aufsicht des Arztes zwangsweise zu ernähren. Bei Untersuchungsgefangenen entscheidet der Richter, bei Strafgefangenen der Vorsteher. Die Aufsichtsbehörde ist von der Verweigerung

der Nahrungsaufnahme und dem Beginn der Zwangsernährung unverzüglich zu benachrichtigen.

E. Verhaltensvorschriften für die Gefangenen.

1. Allgemeines.

§ 64.

Benehmen.

1. Die Gefangenen haben sich der Hausordnung zu fügen und sich eines anständigen Benehmens zu befleißigen. Alles Singen, Pfeifen, Schreien und Lärmen ist verboten.

Verhalten gegenüber den Beamten.

2. Den Beamten der Anstalt haben die Gefangenen mit Achtung zu begegnen und ihren Anordnungen Gehorsam zu leisten; sie sind verpflichtet, alle dienstlichen Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten.

3. Allgemein ist auf gute Haltung der Gefangenen hinzuwirken, doch darf ein unangebrachtes Nachahmen militärischer Formen (Melden, Stehen und Gehen in soldatischer Weise, Grüßen auf Kommando usw.) nicht gefordert werden.

4. Mit anderen Gefangenen darf ein Gefangener weder mündlich noch schriftlich, noch durch Zeichen, Klopfen und dergl. in Verkehr treten. Die Zulässigkeit von Gesprächen in der Gemeinschaftshaft regelt § 59 Abs. 6.

§ 65.

Verlassen des angewiesenen Platzes.

Kein Gefangener darf ohne Erlaubnis den ihm zum Aufenthalt angewiesenen Raum verlassen oder den ihm bei der Arbeit, bei dem Essen oder sonstwie angewiesenen Platz ändern.

§ 66.

Spiel, Tabak.

1. Geeignete Spiele, insbesondere Geduld- und Geschicklichkeitsspiele, können von dem Vorsteher zugelassen werden. Glücksspiele sind untersagt.

2. Der Genuß von geistigen Getränken ist verboten.

3. Untersuchungsgefangenen ist der Tabakgenuß gestattet, sofern nicht der Richter eine andere Anordnung trifft (§ 134). Strafgefangene dürfen sich Kau- und Schnupftabak wie Zusatznahrungsmittel (§ 83) beschaffen. Gefängnisgefangenen in Einzelhaft oder Zellenhaft kann während der arbeitsfreien Zeit, jedoch nicht nach dem Niederlegen, das Rauchen in mäßigem Umfange gemäß § 38 Abs. 1b gestattet werden. Für die Be-

schaffung gelten dieselben Vorschriften wie bei Zuzugnahrungsmitteln. Jugendlichen wird der Tabakgenuß nicht gestattet. Die Raucherlaubnis muß versagt werden, wenn nach den örtlichen Verhältnissen eine besondere Feuersgefahr besteht oder die Ordnung in der Anstalt gefährdet wird.

§ 67.

Handel und Geschenkgeben.

1. Jeder Geschäftsverkehr, insbesondere der Handel mit Kleidern und Lebensmitteln, das Geben und Empfangen von Geschenken sowie alle Darlehnsgeschäfte sind den Gefangenen sowohl untereinander als auch gegenüber den Beamten (§ 27) untersagt.

2. Den Gefangenen ist verboten, ohne Genehmigung des Vorstehers von Besuchern der Anstalt irgend etwas anzunehmen oder ihnen etwas auszuhändigen.

§ 68.

Aufstehen, Körperreinigen.

1. Die Gefangenen müssen sich des Morgens auf das Zeichen zum Aufstehen sofort erheben, das Lager ordnen, sich waschen, kämmen, die Kleider reinigen und sich ankleiden. Seife ist in ausreichender Menge zu verabreichen. Jeder Gefangene erhält eine nur für ihn bestimmte Waschschüssel, sofern nicht ausreichende gemeinsame Waschanlagen vorhanden sind. Augenkranke erhalten immer eigene Waschgefäße.

Niederlegen.

2. Am Abend haben sie sich entkleidet niederzulegen.

Zahnpflege.

3. Sie sind anzuhalten, täglich die Mundhöhle gründlich zu reinigen. Mitgebrachte Zahnbürsten und Zahnpulvmittel sind ihnen zu belassen, oder es ist darauf hinzuwirken, daß sie sich alsbald solche mit eigenem Gelde oder aus der Arbeitsbelohnung beschaffen und regelmäßig benutzen. In Ermangelung anderer Zahnpulvmittel ist doppeltkohlen-saures Natron oder Wasser mit etwas Kochsalz zu verwenden.

§ 69.

Reinigen der Hafträume.

Die Gefangenen haben ihre Hafträume und deren Einrichtungsgegenstände selbst zu reinigen, soweit sie dazu körperlich imstande sind. Insbesondere ist auf sorgfältige Reinigung der Eß- und Trinkgeschirre zu achten.

§ 70.

Sachbeschädigung.

1. Die Hafträume, die Einrichtungsgegenstände, die Kleidung, die Arbeitsstoffe und die Werkzeuge sind sorgsam und schonend zu behandeln.

2. Für den Schaden, den ein Gefangener an staatlichem Eigentum vorsätzlich oder fahrlässig verursacht, haftet er mit seinem Vermögen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Für den Schaden, den er vorsätzlich oder grob fahrlässig anrichtet oder den er bei einer Entweichung verursacht, ist jedoch in erster Linie die Arbeitsbelohnung in Anspruch zu nehmen; in anderen Fällen darf sie zur Deckung des Schadens nicht herangezogen werden.

2. Gesuche und Beschwerden.

§ 71.

Gesuche und Beschwerden.

1. Gegen alle Maßnahmen des Vollzuges steht den Gefangenen die Beschwerde zu.

2. Die Gefangenen haben sich bei Gesuchen und Beschwerden in der Regel zunächst an den Aufsichtsbeamten zu wenden. Dieser gibt sie an die zuständige Stelle weiter, sofern er nicht selbst alsbald abhilft; auch in diesem Falle hat die Weitergabe zu erfolgen, wenn der Gefangene sie ausdrücklich wünscht.

3. Die Gefangenen haben das Recht, sich jederzeit zu dem Vorsteher, dem Geistlichen, dem Arzt und dem Lehrer vorzumelden. Die Vormeldungen sind sobald als möglich zu erledigen.

4. Gesuche und Beschwerden können auch bei Besuchen des Vorstehers, des Hauptwachtmeisters und bei Besichtigungen durch die Aufsichtsbehörden unmittelbar vorgetragen werden. Gefangene, die bei solchen Besichtigungen Gesuche oder Beschwerden vorbringen wollen, sind in eine Liste einzutragen; Angaben über den Inhalt des Vorbringens dürfen dabei von den Gefangenen nicht verlangt werden.

5. Gesuche und Beschwerden an die Aufsichtsbehörden können auch schriftlich eingereicht oder zu Protokoll eines Beamten erklärt werden. Die Gefangenen sind darauf hinzuweisen, daß die Innehaltung des ordnungsmäßigen Beschwerdeganges zur beschleunigten Erledigung des Anliegens beiträgt.

§ 72.

Verfahren.

1. Über Beschwerden gegen Maßnahmen der Anstaltsbeamten entscheidet der Vorsteher, über Beschwerden gegen dessen Maß-

nahmen die Aufsichtsbehörde und über weitere Beschwerden das Landespräsidium.

2. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (vgl. jedoch § 75 Abs. 4).

3. Die gemeinsame Beschwerde mehrerer Gefangener ist unzulässig.

3. Hausstrafen.

§ 73.

Voraussetzungen.

1. Die Gefangenen haben bei Verstößen gegen die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, gegen die Vollzugsordnung (insbesondere §§ 64 bis 70), die Hausordnung, die sonstigen Anordnungen und gegen Sitte und Anstand Bestrafung zu gewärtigen. Bei leichten Verstößen kann von einer Hausstrafe abgesehen und der Gefangene verwarnet werden.

Arten.

2. Als Hausstrafen sind zulässig:

- a) Verweis;
- b) Beschränkung oder Entziehung hausordnungsmäßiger Vergünstigungen, insbesondere der im § 38 erwähnten, der Erlaubnis der Selbstbeföstigung, des Gebrauchs eigener Kleider, Bettstücke und Bücher;
- c) Beschränkung oder Entziehung der Beleuchtung in der Zelle auf die Dauer von höchstens vier Wochen;
- d) Beschränkung oder Entziehung der Erlaubnis, Besuche zu erhalten, Briefe abzusenden und zu empfangen, die Gefangenbücherei zu benutzen und sich Zusatznahrungsmittel (§ 80) zu beschaffen, auf die Dauer von höchstens drei Monaten; die Beschränkung oder Entziehung des Besuchs- oder des Briefverkehrs bezieht sich nicht auf Besuche und Briefe in dringenden Angelegenheiten und nicht auf Schreiben der im § 97 Abs. 6 gedachten Art; sie beginnt mit dem Tage, an dem der Gefangene sonst einen Besuch hätte empfangen oder einen Brief hätte absenden oder erhalten dürfen; dem Gefangenen ist zu gestatten, die Beteiligten zu verständigen;
- e) Beschränkung oder Entziehung der Verfügung über das Hausgeld (§ 93 Abs. 5) auf die Dauer von höchstens vier Wochen;
- f) Beschränkung oder Entziehung der Erlaubnis zum Aufenthalt im Freien (§ 95) auf die Dauer von höchstens einer Woche;

- g) Entziehung des Bettlagers auf die Dauer von höchstens einer Woche (Nachtarrest);
- h) Schmälerung der Kost durch Entziehung der warmen Morgen- oder Mittag- oder Abendkost oder durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot; die Schmälerung der Kost darf nicht über eine Woche hinaus verhängt werden; sie ist nur einen um den anderen Tag, also nur an vier Tagen der Woche zulässig;
- i) Arrest auf die Dauer von höchstens vier Wochen; er wird in den Strafgefangenen der Anstalt vollstreckt; die oben unter b, c und d angeführten Rechte und Vergünstigungen kommen für die Dauer des Vollzugs in Wegfall; der Arrest kann verschärft werden durch
 - aa) Entziehung der Arbeit,
 - bb) Entziehung des Bettlagers,
 - cc) Schmälerung der Kost durch Entziehung der warmen Morgen- oder Mittag- oder Abendkost oder durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot,
 - dd) Entziehung der Bewegung im Freien.

Die unter bb bis dd bezeichneten Schärfungen kommen an jedem dritten Tage in Wegfall.

3. Bei den Strafen zu g und i sind den Gefangenen nachts je nach den klimatischen und besonderen Witterungsverhältnissen eine bis drei Decken zu gewähren.

4. Neben den Strafen zu f bis h darf wegen derselben Verfehlung nicht gleichzeitig Arrest verhängt werden. Im übrigen können Hausstrafen miteinander verbunden werden. Zwischen der Vollziehung mehrerer Bestrafungen nach Nr. f bis i muß ein angemessener Zwischenraum liegen, der im Einvernehmen mit dem Arzt zu bestimmen ist.

§ 74.

Behandlung der Arrestgefangenen.

1. Die mit Arrest Bestraften nehmen an der hausordnungsmäßigen Bewegung im Freien teil, sofern nicht die Schärfung des § 73 Abs. 2 zu dd ausdrücklich ausgesprochen ist.

2. Wegen der Gefangenen mit einfacher Haft vgl. § 138 Abs. 7, wegen der Zivilhaftgefangenen § 140, wegen der Polizeigefangenen § 141 Abs. 3.

§ 75.

Verfahren.

1. Die Hausstrafen gegen Strafgefangene werden von dem Vorsteher verhängt. Die Zuständigkeit bestimmt sich nach der

Zeit und dem Orte der Verfehlung. Die Strafbefugnis des Vorstehers endet mit der Entlassung eines Gefangenen, auch wenn dieser später aus anderem Anlaß in derselben Anstalt verwahrt wird, in der er früher eine Verfehlung begangen hat. Bei Verfehlungen eines Strafgefangenen während der Überführung von einer Anstalt in eine andere ist der Vorsteher der Bestimmungsanstalt zuständig.

2. Der Tatbestand ist durch Vernehmung des Beschuldigten, der Zeugen und durch Erhebung sonstiger Beweise aktenmäßig so festzustellen, daß eine Nachprüfung möglich ist. Nach Abschluß der Ermittlungen hat der Vorsteher den Gefangenen zu hören und ihm die Bestrafung zu eröffnen.

3. Die Vollziehung von Hausstrafen kann mit Aussicht auf Erlass nach längerer guter Führung aufgeschoben, auch können Hausstrafen durch den Vorsteher gemildert oder erlassen werden.

4. Gegen die Strafverfügung steht dem Gefangenen die Beschwerde ohne aufschiebende Wirkung zu; der Vorsteher kann jedoch die Vollziehung aussetzen, wenn sie nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung sofort erforderlich ist.

5. Die Strafverfügung ist in den Fällen des § 73 Abs. 2f bis i alsbald dem Arzte vorzulegen. Bedenken gegen die Vollziehung hat er innerhalb 24 Stunden geltend zu machen. Hausstrafen gegen Gefangene, die in ärztlicher Behandlung oder Beobachtung stehen, und gegen schwangere Frauen bedürfen in allen Fällen der Zustimmung des Arztes. Alle hier vorgesehenen Maßnahmen sind schriftlich niederzulegen.

6. Nach Verbüßung einer Arreststrafe von mehr als sieben Tagen ist der Bestrafte alsbald vom Arzte zu untersuchen und der Befund zu vermerken.

7. Wegen Ungebühr vor Gericht dürfen Hausstrafen nicht verhängt werden. Ersuchen um Verhängung solcher Strafen sind abzulehnen.

8. Hausstrafen gegen Untersuchungsgefangene bestimmt der Richter auf Vorschlag des Vorstehers, ohne an den Vorschlag gebunden zu sein.

9. Kann die Bestrafung wegen einer von einem Untersuchungsgefangenen begangenen Verfehlung erst nach dem Eintritt in die Strafhast erfolgen, so hat der Vorsteher der Anstalt, in der die Verfehlung begangen ist, über die Bestrafung zu entscheiden.

10. Jede Hausstrafe ist in ein Strafenbuch einzutragen.

11. Hausstrafen, die in einer anderen Gefangenenanstalt verhängt sind, aber wegen Überführung des Gefangenen nicht oder nicht vollständig vollzogen werden können, werden unbeschadet

der Bestimmung des Abj. 3 auf Ersuchen in der Anstalt vollzogen, in die der Gefangene übergeführt ist.

12. Richtet sich die Verfehlung gegen den Vorsteher persönlich, so ist die Bestrafung der Aufsichtsbehörde zu überlassen.

13. Ob gegen einen Gefangenen wegen einer Handlung, die unter die allgemeinen Strafgesetze fällt, eine Hausstrafe verhängt werden soll, ist im einzelnen Falle zu entscheiden.

F. Hauswirtschaft.

1. Ordnung und Reinlichkeit.

§ 76.

Anstaltsräume. Allgemeine Ordnung.

1. Die Anstaltsräume sind mit fortlaufenden Zahlen zu versehen. An den Türen der Hafträume ist die Raumnummer sowie der Rauminhalt anzugeben und durch die Buchstaben U, S, Z oder P kenntlich zu machen, ob sich in den Räumen Untersuchungs-, Straf-, Zivilhaft- oder Polizeigefangene befinden. In jedem Haftraum ist auf einer Tafel der Name des Gefangenen und der Tag des Eintritts in die Anstalt, bei Strafgefangenen auch der Beginn und das Ende der Strafzeit sowie die Straftat zu verzeichnen.

2. In sämtlichen Räumen muß stets strengste Ordnung und Reinlichkeit herrschen.

3. Jedem Gefangenen ist ein nur für ihn bestimmter Behälter mit mehreren Fächern zur Aufbewahrung der ihm übergebenen oder belassenen Gegenstände zu überweisen.

4. Die Fußböden sind in gutem Anstrich zu halten, zu bohren oder nach Bedarf zu scheuern. Auspucken auf die Fußböden ist verboten.

5. Beschädigungen, Befrizelungen und Beschmutzungen der Wände sind sobald als möglich zu beseitigen.

6. Für ausgiebige Lüftung aller Räume und Fernhalten von Ungeziefer ist zu sorgen.

7. Die Nachtkübel sind täglich nach Bedarf zu entleeren, sorgfältig zu reinigen und keim- und geruchsfrei zu machen. Dasselbe gilt sinngemäß von sonstigen Aborten. Reinigungspapier ist in ausreichender Menge zu gewähren.

§ 77.

Größe der Hafträume.

1. Die Größe der zum Aufenthalt bei Tag und Nacht dienenden, neu zu bauenden Zellen soll mindestens zweiundzwanzig

Kubikmeter betragen, mit einem Fenster von mindestens einem Quadratmeter, das mindestens zur Hälfte geöffnet werden kann. Früher erbaute Zellen mit geringeren Abmessungen können zum Aufenthalte bei Tag und Nacht verwendet werden, sofern nach dem Gutachten des Arztes ein Schaden für die Gesundheit nicht zu befürchten ist. Sie sind vorzugsweise für Gefangene mit kurzer Strafzeit, die mit staubfreien und sonst gesundheitlich unbedenklichen Arbeiten beschäftigt werden, zu verwenden.

2. Die Größe der gemauerten Schlafzellen soll mindestens elf Kubikmeter betragen, mit einem Fenster von mindestens einem halben Quadratmeter Größe, das mindestens zur Hälfte geöffnet werden kann. Derartige Zellen können auch zum Aufenthalte bei Tag und Nacht für solche Gefangene dienen, die eine Strafe von nicht mehr als zwei Wochen verbüßen.

3. Die Annahmezellen, in denen Gefangene nicht über Nacht bleiben, können geringere Abmessungen haben.

4. Es ist zu vermeiden, Räume zum gemeinschaftlichen Aufenthalte bei Tag und Nacht zu benutzen. Läßt es sich nicht umgehen, so muß auf jede Person ein Luftraum von mindestens sechszehn Kubikmetern entfallen.

5. In gemeinschaftlichen Schlafräumen sollen mindestens zehn, in gemeinschaftlichen Arbeitsräumen mindestens acht Kubikmeter Luftraum auf jede Person entfallen.

§ 78.

Baden, Haarschneiden, Rasieren.

1. Die Gefangenen sind während der Strafverbüßung in der Regel alle zwei Wochen einmal zu baden, außerdem ist bei Bedarf Gelegenheit zu Fußbädern zu geben. Kopf- und Barthaar, deren Tracht gegen den Willen des Gefangenen nur aus Gründen der Reinlichkeit und Schicklichkeit zu verändern ist, werden so oft als nötig geschnitten. Bei Untersuchungsgefangenen darf ohne Zustimmung des Richters die Haar- und Barttracht nicht geändert werden.

2. Gefangene, die keinen Bart tragen, werden wöchentlich mindestens einmal rasiert. In den Besitz eines Rasiermessers oder Rasierapparates dürfen Gefangene nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Vorstehers gelangen.

2. Bekleidung und Lagerung.

§ 79.

Anstaltsachen.

1. Die Gefangenen haben Hauskleidung zu tragen und erhalten Anstaltswäsche sowie das vorgeschriebene Bettlager, so-

weit nicht die Benutzung eigener Kleider oder eigener Bettstücke gestattet ist (§§ 132, 136, 138, 140, 141). Bei der Außenarbeit ist stets Hauskleidung zu tragen. Der Vorsteher kann anordnen, daß Gefangene bei Transporten, Terminen, Vorführungen und ähnlichen Anlässen außerhalb der Anstalt eigene Kleidung tragen. Das gleiche kann ausnahmsweise auch für den Empfang von Besuchen (§ 96) gestattet werden.

Ausgabe.

2. Jede Anstalt muß einen ausreichenden Bestand an Kleidungsstücken und Wäsche haben. Die von einem Gefangenen benutzten Kleider und Wäschestücke dürfen erst, nachdem sie gründlich gereinigt sind, einem anderen Gefangenen verabreicht werden.

Wechsel.

3. Die Leibwäsche und das jedem einzelnen Gefangenen zu verabfolgende Handtuch sind wöchentlich, die Bettwäsche, Unterröcke und Unterröcke monatlich, nach Bedarf öfter, zu wechseln.

Aufbewahrung

4. Die nicht im Gebrauch befindlichen Kleider- und Wäschebestände sind in einem luftigen Raume aufzubewahren. Der Vorsteher hat von Zeit zu Zeit die Bestände nachzusehen und über die Aussonderung zu bestimmen.

Lagerung.

5. Das Bettlager muß stets rein und frei von Ungeziefer sein. Die Bettstellen in der gemeinsamen Haft sind mit einem Zwischenraum von mindestens einem halben Meter aufzustellen.

6. Die Matratzen und die etwa noch vorhandenen Strohsäcke sind stets in einwandfreiem Zustande zu halten und regelmäßig zu klopfen und zu lüften.

§ 80.

Gebrauch eigener Kleider.

Gefangene, denen der Gebrauch eigener Kleider oder Wäsche oder Bettstücke gestattet ist (§§ 132, 136, 138, 140, 141), sollen in Einzelhaft oder Zellenhaft gehalten werden und einen vollständigen Anzug, dreifache Leibwäsche und doppelte Bettwäsche im Besitz haben. An Bettstücken können Matratzen, Kopfkissen und Bettdecke zugelassen werden. Bei Strafen von vierzehn Tagen und darunter genügt einfache Bettwäsche und doppelte Leibwäsche. Die Reinigung der Wäsche wird regelmäßig durch die Verwaltung vermittelt. Die Kosten hat der Gefangene monatlich im voraus einzuzahlen. Unbrauchbar gewordene Stücke

hat er rechtzeitig zu ersetzen. Alle Gegenstände müssen reinlich und schicklich sein.

3. Beköstigung.

§ 81.

Beköstigung. Allgemeines.

1. Die Gefangenen werden auf Staatskosten beköstigt, soweit sie sich nicht nach § 82 auf eigene Kosten selbst beköstigen.

2. Die Anstaltskost ist so zu gestalten, daß die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Sie ist grundsätzlich für alle Gefangenen desselben Geschlechts gleich, insoweit nicht mit Rücksicht auf die Arbeit Zulagen erforderlich sind. Inwieweit sonst zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit einzelner Abweichungen von der allgemeinen Kost einzutreten haben, bestimmt der Vorsteher auf Gutachten des Arztes. Die Beköstigung der Kranken regelt der Arzt nach der Kostordnung.

3. Die Gefangenen jüdischen Glaubens dürfen während des Passahfestes von Glaubensgenossen nach ihren Speisegeboten verpflegt werden. Die Art und Menge der Speisen hat sich annähernd in den Grenzen der hausordnungsmäßigen Verpflegung zu halten. Die Verabreichung von berauschenden Getränken ist ausgeschlossen.

4. Die Gefangenen erhalten mindestens dreimal am Tage, an heißen Sommertagen öfter, gutes frisches Trinkwasser in ausreichender Menge.

§ 82.

Selbstbeköstigung.

1. Die Zulassung der Selbstbeköstigung regelt sich nach den Bestimmungen der §§ 133 (Untersuchungsgefangene), 137 (Gefängnisgefangene), 138 (Gefangene in einfacher Haft), 140 (Zivilhaftgefangene) und 141 (Durchgangs- und Polizeigefangene). Gefangene, denen die Selbstbeköstigung gestattet ist, sind tunlich in Einzelhaft oder Zellenhaft zu halten oder während der Mahlzeiten von anderen zu trennen.

2. Die Selbstbeköstigung darf die Grenzen eines mäßigen Genußes nicht übersteigen und nur von dem durch den Vorsteher bestimmten Speisewirt bezogen werden. Das Nähere regelt die Kostordnung. Die Erlaubnis zur Selbstbeköstigung kann bei Mißbrauch entzogen werden.

3. Die Gefangenen haben den erforderlichen Geldbetrag bei der Anstaltskasse vorher einzuzahlen. Die Selbstbeköstigung hört auf, wenn der Vorschuß erschöpft ist.

4. Ist einem jüdischen Gefangenen Selbstbeföstigung gestattet, so können die Speisen unter Beachtung der jüdischen Speisegebote beschafft werden.

§ 83.

Zusahnahrungsmittel.

1. Gefangene mit guter Führung dürfen sich Nahrungs- und Genußmittel aus der Arbeitsbelohnung oder aus eigenem oder für sie eingezahltem Gelde kaufen (Zusahnahrungsmittel). Gefängnisgefangene und Gefangene mit geschärfter Haft dürfen jedoch nur das Hausgeld (§ 95) hierzu verwenden.

2. Den Ankauf besorgt die Anstaltsverwaltung. Ein Verzeichnis der nach Art und Menge zulässigen Zusahnahrungsmittel und Tabakwaren (§ 66 Abs. 3) ist in jedem Haftraum auszuhängen.

3. Bei Kranken bedarf die Gewährung von Zusahnahrungsmitteln und Tabak der Zustimmung des Arztes.

4. Heizung und Beleuchtung.

§ 84.

Heizung.

Die Hafträume sind nach der Jahreszeit und der Witterung zu heizen. In den Räumen für den Aufenthalt bei Tage ist die Wärme über Tag auf etwa 18° C zu halten. Zur Überwachung sind an geeigneten Stellen Wärmemesser anzubringen.

§ 85.

Bewahrung von Feuer und Licht.

1. Mit Feuer und Licht ist vorsichtig umzugehen. Am Abend sind außer den Dauerbrandöfen oder Sammelheizungen sämtliche Feuer zu löschen. Die Asche ist in verschlossenen eisernen Kästen oder massiv gemauerten Behältern sicher zu verwahren oder alsbald aus der Anstalt zu entfernen. Vor dem Einschlusse sind sämtliche Feuerstellen nachzusehen, und es ist festzustellen, daß alle Feuer und Lichter, die des Nachts nicht zu brennen haben, gelöscht sind.

2. Die Schornsteine und Ofenrohre sind regelmäßig zu reinigen, die Reinigungstüren feuersicher zu verschließen und leicht brennbare Gegenstände in der Nähe der Öfen und Schornsteine nicht zu dulden.

3. Gasröhren und Hähne sind von Zeit zu Zeit auf Dichtigkeit zu prüfen. Bei Petroleumlampen ist auf den guten Zustand der Brenner und Ölbehälter zu achten. In der Nähe brennender Flammen dürfen sich brennbare Gegenstände nicht befinden.

§ 86.

Beleuchtung.

1. Die mit zwölf oder mehr Gefangenen belegten Schlaf-
räume sind in der Nacht, die Treppen, Flure und Höfe, so lange
es dunkel ist, ausreichend zu beleuchten.

2. In den Tagesräumen und Zellen wird während der
Dunkelheit mindestens bis zum Schluß des Tagesdienstes Licht
gewährt. Gefangenen in Einzelhaft oder Zellenhaft kann nach
§ 38 Abs. 1e gestattet werden, bis 10 Uhr abends Licht zu
brennen.

3. Inwieweit im übrigen die Beleuchtung von Anstalts-
räumen zu erfolgen hat, bestimmt der Vorsteher.

G. Arbeit.

§ 87.

Allgemeines.

1. Regelmäßige Beschäftigung der Gefangenen ist die Grund-
lage eines geordneten Strafvollzuges. Es ist darauf hinzuwirken,
daß jeder Gefangene dauernd mit nützlicher Arbeit beschäftigt
werden kann. Die Beschaffung solcher Arbeit gehört zu den Auf-
gaben des Vorstehers.

2. Allen Gefängnisgefangenen und Gefangenen mit geschärfter
Haft ist eine ihre körperlichen und geistigen Kräfte möglichst voll
beanspruchende Arbeit zuzuweisen.

3. Die Pflicht-Arbeitszeit beträgt in der Regel nicht mehr
als neun Stunden. Auf Wunsch kann das Weiterarbeiten ge-
stattet werden. Die Zeit des Schulunterrichts kann auf die
Arbeitszeit angerechnet werden.

4. Es ist darauf hinzuwirken, daß sich auch Gefangene ohne
Arbeitszwang (Gefangene mit einfacher Haft, Zivilhaft-
gefangene, Untersuchungsgefangene) entweder selbst Arbeit ver-
schaffen oder an den eingeführten Arbeitern beteiligen.

5. Bei der Zuweisung der Arbeit ist, soweit möglich, auf die
Kenntnisse und Fähigkeiten, den Gesundheitszustand, das Lebens-
alter, den Beruf und den Bildungsgrad der Gefangenen Rücksicht
zu nehmen. Gefangene mit längerer Strafdauer, die keinen Be-
ruf erlernt haben, sind, soweit möglich, in einem Beruf auszu-
bilden, der ihren Fähigkeiten entspricht. Gefangene, die einen Be-
ruf ganz oder zum Teil erlernt haben, sind, soweit möglich, in
diesem oder einem verwandten Berufe zu beschäftigen und
weiterzubilden.

6. Die Gefangenen haben den Anweisungen der die Arbeit leitenden Beamten, Werkführer und sonstigen dazu angenommenen Personen Folge zu leisten.

§ 88.

Grundsätze für den Arbeitsbetrieb.

1. Die Gefangenen sind bei der Arbeit gegen gesundheitliche Gefahren ausreichend zu schützen. Die Einrichtungen der Arbeitsbetriebe sind denen freier Betriebe möglichst anzupassen. Veraltete Arbeitseinrichtungen sollen durch neuzeitliche ersetzt werden. Bei der Arbeit sind die Gefangenen in steigendem Maße zu Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit zu erziehen.

2. Alle Bedürfnisse der Anstalten sind, soweit irgend möglich, durch Gefangenarbeit zu beschaffen. Insbesondere sind alle Haus- und Wirtschaftsarbeiten durch Gefangene zu verrichten. Bauarbeiten an den Anstalten sollen, soweit möglich, durch Gefangene ausgeführt werden. Wegen der Arbeiten für Beamte vgl. § 28.

3. Die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für Reichs- und Landesbehörden ist zu fördern. Wegen Beschaffung solcher Arbeiten soll mit Reichs- und Landesbehörden Fühlung gehalten werden. Eine Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen ist zu vermeiden.

4. Land- und forstwirtschaftliche, sowie sonstige gemeinnützige Arbeiten sollen durch Gefangene ausgeführt werden, soweit es mit einem ordnungsmäßigen Strafvollzuge vereinbar ist.

5. Sind Arbeiten der vorbezeichneten Arten nicht ausreichend vorhanden, so dürfen Gefangene auch für sonstige Arbeitgeber beschäftigt werden. Dabei ist auf das Privatgewerbe, namentlich das örtliche Handwerk, billige Rücksicht zu nehmen. Insbesondere dürfen den einzelnen Arbeitgebern Gefangene nicht in zu großer Zahl überlassen werden. Auch sollen möglichst viele verschiedene Arbeitszweige eingeführt werden. Die Arbeiten sind in Tagelohn oder Stücklohn zu vergeben; der Vergabung kann ein öffentliches Ausgebot vorangehen. Für die Lohnberechnung haben die Löhne freier Arbeiter als Grundlage zu dienen, jedoch sind die besonderen Verhältnisse der Gefangenarbeit zu berücksichtigen. Zur Durchführung dieser Grundsätze ist vor Vertragsabschlüssen von längerer Dauer oder für eine größere Zahl von Gefangenen je nach Lage des Falles mit den öffentlichen Vertretungen des Handwerks, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, den öffentlichen Arbeitsnachweisen, Gewerbeauf-

sichtsbeamten, Berufsverbänden der Arbeitnehmer oder dergl. Fühlung zu nehmen.

6. Soweit die Art der Arbeit es zuläßt, ist ein tägliches Arbeitsmaß nach der mittleren Leistung eines gesunden Arbeiters festzusetzen (Tagewerk). Für Anfänger, weniger Leistungsfähige und Kranke, nach Umständen auch für Jugendliche, wird das Arbeitsmaß verringert. Im Zweifelsfalle ist der Arzt zu hören. Die Vollendung des Arbeitsmaßes befreit nicht vom Fortarbeiten bis zum Schlusse der Arbeitszeit (vgl. jedoch § 38 Abs. 1 g).

7. Gefangene, die das vorgeschriebene Arbeitsmaß nicht leisten, oder die Arbeit nicht ordnungsmäßig verrichten, können im Falle eines Verschuldens bestraft werden.

8. Bei der Zuweisung der Arbeit sind die Bestimmungen über die Haftarten (§§ 131, 135, 138, 139, 140, 141) und die Haftformen (§§ 51, 53) zu beachten.

9. Bei der Beschäftigung der weiblichen Gefangenen ist auf die Ausbildung in hauswirtschaftlichen Arbeiten hinzuwirken.

10. Die Arbeitsbetriebe werden durch die Gewerbeaufsichtsbeamten überwacht.

11. Zu Büroarbeiten in der Anstaltsverwaltung sind Gefangene nicht zu verwenden. Nur zu Schreib- und Rechnungsarbeiten in einem bestimmten Arbeitsbetriebe dürfen sie herangezogen werden. Dabei darf ihnen aber keinesfalls die Einsichtnahme in Verwaltungs- und Personalakten von Beamten oder Gefangenen ermöglicht werden.

§ 89.

Außenarbeit.

1. Strafgefangene dürfen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (§§ 15, 16, 362 StGB., vgl. unten §§ 135 Abs. 3, 139, Abs. 1) auch außerhalb der Anstalt, d. h. außerhalb der Umwehrung, Gitter, Planke, Zaun, Staket usw. beschäftigt werden. Sie sind dabei von freien Arbeitern getrennt zu halten.

2. Bei der Auswahl der Gefangenen sind Straftat, Vorleben, Führung und Gesundheitszustand zu berücksichtigen. Regelmäßig dürfen nur solche Gefangene verwendet werden, die bei einer Strafdauer bis zu einem Jahre die Hälfte der Strafe, bei längerer Strafdauer mindestens 6 Monate innerhalb einer Anstalt verbüßt haben und deren Strafrest nicht mehr als drei Jahre beträgt. Gefangene, bei denen Entweichung zu besorgen ist, dürfen keinesfalls zur Außenarbeit herangezogen werden.

3. Für die außerhalb der Anstalt beschäftigten Gefangenen gelten die Bestimmungen der Dienst- und Vollzugsordnung sinngemäß, insbesondere die Bestimmungen über die Trennung der Gefangenen (§§ 47 Abs. 1 und 3, 126 Abs. 1) und über die Hausstrafen. Gefangene, die sich schlecht führen oder unfleißig sind, können von der Außenarbeit dauernd oder zeitweilig ausgeschlossen werden.

4. Die Verdingung von Gefangenen an Arbeitgeber ohne Beaufsichtigung durch einen Beamten ist unzulässig. Statthast ist, daß der Arbeitgeber einem von ihm bestellten Aufseher oder freien Arbeiter die sachliche Leitung der Arbeit überträgt, ebenso, daß auch freie Arbeiter an der Arbeit teilnehmen, sofern nur die Gefangenen hinsichtlich ihres Verhaltens bei der Arbeit ausschließlich den Anstaltsbeamten unterstellt und von den freien Arbeitern räumlich abgesondert sind.

5. Bei dem Ausrücken werden jedem Aufsichtsbeamten die von ihm zu übernehmenden Gefangenen gesondert übergeben. Ob die Aufsichtsbeamten Schusswaffen bei sich zu führen haben, bestimmt der Vorsteher. Beim Abmarsche ist den Gefangenen jedesmal bekannt zu machen, daß die Beamten im Falle eines Fluchtversuches oder eines tätlichen Widerstandes von der Waffe Gebrauch zu machen befugt sind. Der Aufsichtsbeamte darf sich von der Arbeitsstelle nicht entfernen. Nur wenn die Gefangenen von mehreren Beamten begleitet sind, kann derjenige, dem die obere Leitung übertragen ist, in dringenden Fällen die Entfernung eines anderen gestatten.

6. Die Gefangenen dürfen mit fremden Personen nicht in Verkehr treten, weder mit ihnen sprechen noch etwas von ihnen annehmen oder an sie abgeben. Der Besuch von Wirtshäusern und Schankstätten ist verboten.

§ 90.

Arbeitsfreie Tage.

1. An den Sonntagen und den staatlich anerkannten Feiertagen ruht die Arbeit, soweit sie nicht zur Fortführung der Hauswirtschaft oder in Notfällen erforderlich ist. Als staatlich anerkannte Feiertage gelten die beiden Weihnachtstage, der Neujahrstag, Karfreitag, die beiden Ostertage, der Himmelfahrtstag, die beiden Pfingsttage und der Bußtag. Ferner ruht die Arbeit für die katholischen Gefangenen an den Feiertagen: Heilige drei Könige, Fronleichnam, St. Peter und Paul, Allerheiligen und Mariä Empfängnis.

2. Gefangene jüdischen Glaubens sollen an den Feiertagen: Passah (an den beiden ersten und den beiden letzten Tagen), Wochenfest (zwei Tage), Neujahrsfest (zwei Tage), Versöhnungsfest (ein Tag), Laubhüttenfest (an den beiden ersten und an den beiden letzten Tagen) nicht wider ihren Willen beschäftigt werden.

3. Gefangene, die einen Feiertag ihres Bekenntnisses halten, sind von den arbeitenden Gefangenen während der Arbeitszeit zu trennen.

4. Der Vorsteher kann ausnahmsweise einzelnen Gefangenen gestatten, sich Sonntags oder an Feiertagen geräuschlos zu beschäftigen.

§ 91.

Selbstbeschäftigung.

1. Gefangene, die zur Arbeit nicht anzuhalten sind, dürfen sich selbst beschäftigen. Die Selbstbeschäftigung, durch die die Ordnung und Sicherheit nicht gestört werden darf, unterliegt der Genehmigung und Beaufsichtigung durch den Vorsteher.

2. Außer dem Falle des § 38 Abs. 1b kann Gefängnisgefangenen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ausnahmsweise gestattet werden, sich ganz oder teilweise selbst zu beschäftigen. Die Genehmigung ist widerruflich und kann von einer im voraus zu leistenden Entschädigung an die Staatskasse abhängig gemacht werden. Die Grundsätze über die Bemessung der Entschädigung bestimmt die Regierung.

§ 92.

Ertrag der Arbeit.

1. Der Ertrag der Arbeit fließt zur Staatskasse. Es ist anzustreben, daß der Ertrag der Arbeit die Kosten des Strafvollzugs deckt.

2. Der Ertrag der Selbstbeschäftigung verbleibt den Gefangenen, soweit er nicht auf die Entschädigung (§ 91) verrechnet wird. Bei Gefängnisgefangenen mit Selbstbeschäftigung soll in sinngemäßer Anwendung des § 93 Abs. 1 aus dem Ertrag eine Rücklage gebildet werden. Welcher Teil hierzu zu verwenden und welcher Teil dem Gefangenen als Hausgeld gutzuschreiben ist, bestimmt der Vorsteher.

§ 93.

Arbeitsbelohnung.

1. Den Gefangenen wird für die geleistete Arbeit eine Arbeitsbelohnung gutgeschrieben, die nach den Leistungen abzustufen ist. Die gutgeschriebenen Beträge bilden zur Hälfte das

Hausgeld, zur Hälfte die Rücklage. Gefangenen mit Strafen bis zu einem Monat kann die ganze Arbeitsbelohnung als Rücklage gutgeschrieben werden.

2. Ein Recht auf Auszahlung der gutgeschriebenen Beträge steht den Gefangenen nicht zu. Die Arbeitsbelohnung wird ihr Eigentum erst durch die Aushändigung. Daher kann im Wege der Zwangsvollstreckung eine gutgeschriebene, aber noch in dem Gewahrsam einer Behörde oder eines Fürsorgevereins befindliche Arbeitsbelohnung nicht beschlagnahmt werden. Wegen Gerichtskosten dürfen auch die den Gefangenen bereits ausgehändigten Arbeitsbelohnungen nicht gepfändet werden.

3. Von der gutgeschriebenen Arbeitsbelohnung können abgesetzt werden:

- a) der Ersatz für Schäden, die der Gefangene während der Untersuchungs- oder Strafsaft vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit an staatlichem Eigentum anrichtet;
- b) die Kosten, die durch Entweichung, Verfolgung, und Wiedereinlieferung entstehen (vgl. § 70 Abs. 2);
- c) die Kosten der Überführung in eine andere Anstalt, wenn sie ausschließlich auf den Wunsch und im Interesse des Gefangenen erfolgt, oder wenn der Gefangene deshalb überführt wird, weil er infolge wissentlich falscher Angaben zunächst in eine unzuständige Anstalt eingeliefert worden war;
- d) die für Erhaltung der Anwartschaft auf die Bezüge aus der Invalidenversicherung während der Strafzeit verwendeten Beiträge (vgl. § 46 Abs. 8).

4. Reicht die bis zu dem Zeitpunkte der Ersatzpflicht gutgeschriebene Arbeitsbelohnung zur vollen Deckung der Schäden oder Kosten (Abs. 3) nicht aus, so kann auch die dem Gefangenen später zuteil werdende Gutschrift herangezogen werden. Hier- von soll jedoch abgesehen werden, wenn es im Hinblick auf die Fürsorge für den Gefangenen nach der Entlassung geboten er- scheint. Wo eine Beamtenbesprechung abgehalten wird, sind solche Fälle zu erörtern.

5. Das gutgeschriebene Hausgeld kann der Gefangene zu Ausgaben für Porto, Bücher, Zeitschriften und Tages- zeitungen, Lehrmittel und Arbeitsgeräte, Zeichenpapier und Zeichenvorlagen, für Zahnpflegemittel (§ 68 Abs. 3), Zahn- behandlung (§ 109 Abs. 7), Zusatznahrungsmittel (§ 83), für Unterstützungen notleidender Angehöriger und den Ersatz des durch die Straftat angerichteten Schadens verwenden. Auch andere Ausgaben kann der Vorsteher gestatten. über die Rück-

lage darf der Gefangene nur mit Genehmigung des Vorstehers verfügen; die Verfügung ist nur zulässig, wenn sie im Interesse des Fortkommens des Gefangenen oder seiner Familie nach der Entlassung liegt. Zur Unterstützung notleidender Angehöriger darf nicht mehr als die Hälfte der Rücklage verwendet werden.

6. Ausnahmsweise können für notwendige Ausgaben die erforderlichen Beträge als vorläufige Bewilligungen aus dem Arbeitsverdienst für Rechnung der Arbeitskasse gezahlt und später von der aufkommenden Arbeitsbelohnung abgesetzt werden.

7. Das Guthaben der Strafgefangenen bei der Entlassung wird nach den Bestimmungen über die Fürsorge verwendet (§§ 121, 122).

§ 94.

Unfälle bei der Arbeit.

1. Erleidet ein Gefangener einen Unfall, insbesondere bei der Arbeit, so ist sofort der Tatbestand schriftlich festzustellen und der Arzt zu hören.

2. Bei Betriebsunfällen ist nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 (RGBl. S. 536) zu verfahren.

3. Den mit Hausarbeiten beschäftigten und solchen Gefangenen, die ein Recht auf Entschädigung bei Unfällen nach dem Gesetze vom 30. Juni 1900 nicht haben, oder deren Hinterbliebenen sind in geeigneten Fällen Unterstützungen in entsprechender Anwendung jenes Gesetzes zu gewähren. Die Entscheidung trifft die Regierung.

H. Bewegung im Freien.

§ 95.

Bewegung im Freien.

1. Alle gesunden Gefangenen, die nicht mit Arbeiten im Hof oder Garten oder mit Außenarbeit beschäftigt werden, sind, wenn es die Witterung gestattet, täglich mindestens eine halbe Stunde in den Anstaltshof zu führen. Die Dauer des Aufenthalts im Freien darf durch die zum Aus- und Einführen erforderliche Zeit nicht verkürzt werden. Angemessene Frei- oder Turnübungen können vorgenommen werden. Den Plätzen, die zur Bewegung im Freien verwendet werden, ist, soweit es die Übersichtlichkeit und Sicherheit gestattet, durch einfache Anpflanzungen ein freundlicheres Aussehen zu verschaffen. Die Gefangenen können während der Freistunde zur Pflege dieser Anlagen angehalten werden.

2. Die Bewegung im Freien darf nicht vor Eintritt der Tageshelle und nicht nach Eintritt der Dunkelheit, an heißen Sommertagen nicht zwischen 11 und 2 Uhr stattfinden. Wann und wie lange erkrankte Gefangene ins Freie zu bringen sind, bestimmt der Arzt im Einvernehmen mit dem Vorsteher.

3. Die Zahl der gleichzeitig im Freien befindlichen Gefangenen ist so zu bemessen, daß ihre ordnungsmäßige Überwachung möglich ist. Die Gefangenen sollen sich, solange nicht von der Aufsichtsbehörde anders verfügt wird, in einer Reihe einzeln mit einem Abstände von drei bis fünf Schritten bewegen, wobei zur Förderung der Gesundheit eine rasche Gangart einzuhalten ist. Gefangene, die der raschen Bewegung nicht zu folgen vermögen, gehen einzeln außer der Reihe oder sind in besonderen Abteilungen zu vereinigen.

4. Die Gefangenen sind unausgesetzt zu beaufsichtigen; Gespräche und sonstige Verbindungen sind nicht zu dulden.

5. Untersuchungsgefangene sollen bei der Bewegung im Freien nicht mit anderen Gefangenen in Berührung kommen.

J. Besuche und Briefverkehr.

§ 96.

Besuche.

1. Untersuchungsgefangene dürfen nur mit Erlaubnis des Richters, andere Gefangene mit der des Vorstehers besucht werden. Bei Strafgefangenen darf Angehörigen die Genehmigung zum Besuch nur versagt werden, wenn eine Störung der Ordnung oder Sicherheit oder ein schädlicher Einfluß auf den Gefangenen zu befürchten ist. Anderen Personen als Angehörigen soll sie nur erteilt werden, wenn ein berechtigtes Interesse vorliegt oder wenn zu erwarten ist, daß der Besuch den Gefangenen günstig beeinflussen oder sein späteres Fortkommen fördern wird. Über Zeit und Ort der Besuche entscheidet der Vorsteher. Die Dauer eines Besuches soll in der Regel mindestens 15 Minuten betragen. In den Besuchsräumen sind Vorkehrungen zu vermeiden, die das Empfinden des Gefangenen oder des Besuchers verletzen; es darf aber die Ordnung und Sicherheit darunter nicht leiden.

2. Gefängnis- und Haftgefangene dürfen alle sechs Wochen besucht werden. Besuche, die Rechts- oder Geschäftsangelegenheiten des Gefangenen oder sein späteres Fortkommen betreffen, sind auch in kürzeren Zwischenräumen statthaft.

3. Gespräche der Besucher mit Untersuchungsgefangenen dürfen nur im Beisein des Richters oder eines von ihm beauf-

tragten Gerichts- oder Anstaltsbeamten, Gespräche mit Strafgefangenen nur im Beisein eines Anstaltsbeamten, und zwar in beiden Fällen nur in einer dem Beamten bekannten Sprache geführt werden. Die Beaufsichtigung ist schonend auszuüben. Der Vorsteher kann Strafgefangenen die Annahme von Besuchen ohne Beaufsichtigung gestatten.

4. Jeder Mißbrauch des Besuchs zu unerlaubtem Verkehr hat die sofortige Entfernung des Besuchers zur Folge.

5. Solange das Hauptverfahren nicht eröffnet ist, ist den Untersuchungsgefangenen der persönliche Verkehr mit dem Verteidiger gestattet, es sei denn, daß der Richter eine Beschränkung angeordnet hat (§ 148 StPO.). Der Verteidiger hat sich durch eine Bescheinigung des Gerichts als solcher auszuweisen; einer richterlichen Sprecherlaubnis bedarf es nur, wenn eine Beschränkung angeordnet ist. Nach der Eröffnung des Hauptverfahrens unterliegt der Verkehr des Verteidigers mit Untersuchungsgefangenen keiner Beschränkung.

6. Bei jugendlichen Untersuchungsgefangenen ist dem Jugendamt und, falls der Gefangene unter Schutzaufsicht steht, der bestellten Aufsichtsperson der Verkehr mit dem Gefangenen in demselben Umfange gestattet, wie einem Verteidiger. Das gleiche gilt für einen nach § 29 Abs. 3 des Jugendgerichtsgesetzes bestellten Beistand.

7. Rechtsanwälten ist auf schriftliche oder bedenkenfreie fernmündliche Anfragen Auskunft zu erteilen, ob sich ein Untersuchungsgefangener in der Anstalt befindet und unter welchem Aktenzeichen die Strafsache geführt wird.

§ 97.

Briefverkehr. Allgemeines.

1. Der Briefverkehr der Gefangenen wird nach § 98 Abs. 1 und 5 überwacht.

2. Gefängnis- und Haftgefangene dürfen in der Regel alle vier Wochen einen Privatbrief absenden. Diese Gefangenen sollen Briefe regelmäßig nur an Sonn- und Feiertagen schreiben. Ausnahmen bewilligt der Vorsteher; dabei sind namentlich Briefe zu berücksichtigen, die Rechts- oder Geschäftsangelegenheiten der Gefangenen betreffen oder die sein späteres Fortkommen zu fördern bestimmt sind. Die gleichen Fristen sind bei dem Empfang von Privatbriefen einzuhalten; Briefe von Angehörigen sind jedoch zeitlichen Beschränkungen im allgemeinen nicht unterworfen und werden nur dann zurückgehalten, wenn sie in so geringen Zeitabschnitten eingehen, daß die Ordnung gefährdet

wird. Briefe, die lediglich mit Rücksicht darauf zurückgehalten werden, daß die nötigen Zeitabstände nicht gewahrt sind, sollen dem Gefangenen ausgehändigt werden, wenn ein Grund für eine weitere Zurückbehaltung nicht mehr besteht.

3. Jeder Gefangene darf sofort nach dem Eintritt in die Anstalt einem Angehörigen oder aus wichtigen Gründen auch einer anderen Person seinen Aufenthalt mitteilen, nötigenfalls auf Staatskosten. Bei Untersuchungsgefangenen ist die Mitteilung vor Absendung dem Richter vorzulegen.

4. Für Schreibunkundige Gefangene sind Briefe und Eingaben von einem Beamten, oder dem Geistlichen oder dem Lehrer zu schreiben. In Rechtsangelegenheiten sind die Gefangenen auf ihren Wunsch nach Möglichkeit zu beraten. Will ein Gefangener eine Eingabe an eine offensichtlich unzuständige Stelle richten, so ist er über die zuständige Stelle zu belehren (vgl. § 71 Abs. 5).

5. Schreibbedarf wird von der Anstalt geliefert. Die Gefangenen haben sich möglicher Kürze zu befleißigen; mehr als ein Bogen Papier wird in der Regel nicht bewilligt. Untersuchungs- und Zivilhaftgefangene dürfen auch eigenes Briefpapier benutzen; Strafgefangenen kann dies ausnahmsweise gestattet werden.

6. Schreiben an die Aufsichtsbehörden, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Volksvertretungen sind den Beschränkungen des Abs. 2 nicht unterworfen. Das gleiche gilt von Schreiben an Vereinigungen oder Einrichtungen, die sich der Gefangenenfürsorge widmen, sowie von Schreiben, die der Gefangene in Rechtsangelegenheiten an andere Behörden, Rechtsbeistände oder Notare richtet.

7. Ein- und ausgehende Briefe dürfen nur dann beanstandet werden, wenn ihr Inhalt geeignet ist, die Ordnung oder Sicherheit zu stören oder Entweichungen zu fördern, oder wenn der Inhalt beleidigend oder sonst strafbar ist oder den Anstand gröblich verlegt. Die in Absatz 6 Satz 1 genannten Schreiben dürfen nicht zurückgehalten werden; falls sie beleidigenden oder sonst strafbaren Inhalt haben, soll der Vorsteher den Gefangenen in geeigneter Weise auf die Folgen aufmerksam machen; eine Hausstrafe wegen einer solchen Beleidigung ist nur zulässig, wenn die beleidigte Stelle es beantragt.

8. Über Wertsendungen und eingeschriebene Briefe stellt der Vorsteher die Empfangsbescheinigungen aus. Mit Porto belastete Briefe sind zurückzuweisen, sofern nicht der Gefangene das Porto bezahlen kann und will.

a) Strafgefangene.

Behandlung der Briefe. Allgemeines.

1. Der Briefverkehr wird durch den Vorsteher oder in dessen Behinderung von dem dazu bestimmten Beamten überwacht; Schreiben an Aufsichtsbehörden und die Volksvertretungen sind stets dem Vorsteher oder seinem Vertreter vorzulegen. Außerdem dürfen nur der Geistliche und der Lehrer von dem Inhalt der Briefe Kenntnis nehmen, sofern der Gefangene nicht widerspricht. Von den aus den Briefen erlangten Kenntnissen darf nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als es zur zweckmäßigen Behandlung des Gefangenen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit oder zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen erforderlich ist. Die beteiligten Beamten haben die Briefe mit einem datierten Sichtvermerk zu versehen. Das Unkenntlichmachen einzelner Stellen in ein- und ausgehenden Briefen ist unzulässig, ebenso die Hinzufügung von Randbemerkungen. Briefe in fremder Sprache sind, wenn nicht ein Anstaltsbeamter genügend sprachkundig ist, auf dem schnellsten und billigsten Wege anderweitig, z. B. durch Angehen der Konsulate, zu übersetzen.

Eingehende Briefe.

2. Die eingehenden Briefe sind dem überwachenden Beamten uneröffnet vorzulegen. Unbeanstandete Briefe sind an die übrigen zur Kenntnisnahme Berechtigten weiterzugeben und sodann den Gefangenen auszuhändigen. Bei der Weitergabe und Aushändigung ist dafür zu sorgen, daß andere Personen von dem Inhalt keine Kenntnis erlangen. Der Tag der Aushändigung ist auf dem Briefe zu vermerken. Die Briefe hat der Gefangene in einem Umschlage aufzubewahren; bei Mißbrauch werden sie abgenommen und verschlossen verwahrt. Bei der Entlassung werden die nicht beanstandeten Briefe dem Gefangenen ausgehändigt. Wird ein Brief beanstandet, so ist es dem Gefangenen unter Mitteilung der unbeanstandeten Stellen zu eröffnen; der Brief ist unter Bezeichnung der beanstandeten Stellen zu den Akten zu nehmen. Briefe, die der Absender an einen anderen Bestimmungsort als die Strafanstalt gerichtet hat, sind auf Verlangen des Gefangenen dem Absender uneröffnet zurückzusenden.

Ausgehende Briefe.

3. Die ausgehenden Briefe werden dem überwachenden Beamten und den übrigen zur Kenntnisnahme Berechtigten vor-

gelegt; bei dem Einsammeln und Weitergeben ist nach Abs. 2 für die Geheimhaltung des Inhalts zu sorgen. Der Tag der Absendung ist zu vermerken. Wird die Absendung beanstandet, so sind dem Gefangenen die beanstandeten Stellen zu bezeichnen; der Brief ist zu den Akten zu nehmen; dem Gefangenen ist zu gestatten, das Schreiben in angemessener Form zu erneuern.

b) Untersuchungsgefängene.

Briefe Untersuchungsgefängener.

5. Die auf dem Briefwechsel bezüglichen Entscheidungen trifft der Richter; zum Schreiben der einzelnen Briefe bedarf es seiner vorherigen Erlaubnis nur dann, wenn er es angeordnet hat. Die eingehenden Briefe sind ihm uneröffnet vorzulegen. Nach der Prüfung werden sie der Anstaltsverwaltung zur Aushändigung übersandt. Der Tag der Aushändigung ist auf dem Briefe zu vermerken. Wünscht ein Untersuchungsgefängener, daß ein von ihm geschriebener Brief verschlossen an den Richter gelange, so wird ihm ein für die Aufnahme des offen bleibenden Briefes bestimmter, an den Richter adressierter Briefumschlag verabfolgt, der von dem Gefangenen mit seinem Namen versehen und verschlossen wird. Ob der Brief nachträglich dem Vorsteher vorzulegen ist, bestimmt der Richter. Für die Geheimhaltung der ein- und ausgehenden Briefe ist nach Abs. 2 zu sorgen.

6. Bei Beanstandung von Briefen soll der Richter dem Gefangenen Nachricht geben.

7. Untersuchungsgefängenen ist der schriftliche Verkehr mit dem Verteidiger gestattet. Solange das Hauptverfahren nicht eröffnet ist, kann der Richter schriftliche Mitteilungen zurückweisen, falls deren Einsicht ihm nicht gestattet wird.

§ 99.

Beförderung der Briefe.

Die eingehenden und ausgehenden Briefe, insbesondere der Untersuchungsgefängenen, sind mit möglichster Beschleunigung zu behandeln. Das gleiche gilt von Telegrammen, die von Gefangenen abgesandt werden oder für sie eingehen.

§ 100.

Gnadengesuche.

1. Gnadengesuche sind mit einem Gutachten des Vorstehers und der Äußerung nach §§ 33 Abs. 1 e, 34 an die zuständige Stelle (vgl. Allgem. Verfüg. v. 29. Januar 1921, betr. Gnaden-sachen — L.-B. Bd. 27 S. 401).

2. Wird ein Gesuch befürwortet, so ist anzugeben, ob und in welcher Weise für den Gefangenen Unterkommen und Arbeit gesichert sind.

3. An Privatpersonen, die die Begnadigung eines Gefangenen beantragen wollen, dürfen Zeugnisse über die Führung nicht erteilt werden.

§ 101.

Zustellungen.

1. Zustellungen erfolgen in Gegenwart eines Anstaltsbeamten.

2. Für Zustellungen von Amts wegen können die Geschäfte des Justizwachtmeisters durch den Vorsteher einem Aufsichtsbeamten übertragen werden.

K. Seelsorge.

§ 102.

Seelsorge.

1. Keinem Gefangenen wird der Zuspruch eines Geistlichen seines Bekenntnisses versagt.

2. Den Gefangenen steht die Teilnahme an dem Gottesdienst, den kirchlichen Heilmitteln und dem Religionsunterricht frei.

3. Untersuchungsgefangene, mit Ausnahme der nur wegen Verdachts einer Übertretung verhafteten, dürfen jedoch zu dem gemeinschaftlichen Gottesdienst nur mit Genehmigung des Richters zugelassen werden.

4. Der Vorsteher kann im Einvernehmen mit dem Geistlichen Gefangene wegen Störung des Gottesdienstes oder aus Gründen der Ordnung oder Sicherheit von der Teilnahme am Gottesdienst ausschließen.

5. Gefangene, für die ein Anstaltsgeistlicher nicht bestellt ist, können einen Geistlichen ihres Bekenntnisses um Zuspruch bitten, der während der Dienststunden zu gestatten ist.

6. Verlangt ein Gefangener aus seiner Religionsgemeinschaft auszutreten, so ist er auf den gesetzlichen Weg zu verweisen (lipp. Ges. vom 16. Mai 1919 — L.B. Bd. 26 S. 972 — preuß. Ges. vom 30. November 1920 — Ges. Samml. S. 119 —).

§ 103.

Gottesdienst.

1. Die Ausstattung des Raumes für den Gottesdienst in der Landesstrafanstalt ist einfach, würdig und den kirchlichen Vor-

schriften entsprechend zu gestalten. Der Gesang soll durch Orgel- oder Harmoniumspiel begleitet werden.

2. Die Gottesdienste der christlichen Bekenntnisse werden in dem gleichen Raume abgehalten. Für den Gottesdienst der Juden ist ein besonderer Raum einzurichten oder der Schulraum zu benutzen.

3. Es findet in der Regel alle zwei Wochen ein Gottesdienst statt.

4. Der Gottesdienst ist regelmäßig an Sonn- und Feiertagen abzuhalten. Nach Bedarf können auch Gottesdienste oder Bibelstunden an Werktagen eingerichtet werden.

5. Alljährlich mindestens viermal, vornehmlich in der österlichen Zeit, ist den Gefangenen Gelegenheit zur Beichte und zum Abendmahl (Kommunion) zu geben. Zum Beichtehören kann der Geistliche nach Benehmen mit dem Vorsteher andere Geistliche heranziehen.

6. Jüdische Gefangene dürfen am Sabbat und an den jüdischen Feiertagen Gottesdienste abhalten.

L. Bildungsfürsorge.

§ 104.

U n t e r r i c h t.

1. Aufgabe der Anstaltsschule der Landesstrafanstalt ist es, die Gefangenen sittlich zu heben, geistig anzuregen und Lücken ihres Wissens auszufüllen.

2. Die jüngeren Gefängnisgefangenen mit Strafen von mehr als drei Monaten sind in erster Linie zum Unterricht heranzuziehen. Auch andere Gefangene können zugelassen werden.

3. Der Unterricht der jugendlichen Gefangenen ist in Anlehnung an die Lehrpläne gewerblicher, landwirtschaftlicher und hauswirtschaftlicher Fortbildungsschulen zu erteilen.

4. Das Nähere über Einrichtung und Betrieb des Unterrichts bleibt besonderer Bestimmung vorbehalten.

§ 105.

B ü c h e r e i.

1. Die Gefangenbücherei jeder Anstalt muß eine ausreichende Zahl unterhaltender, belehrender und religiöser Bücher und Zeitschriften enthalten, bei deren Verteilung die Wünsche und die Eigenart der Gefangenen nach Möglichkeit berücksichtigt werden soll. Besonderer Wert ist auf solche Bücher und Schriften zu legen, die geeignet sind, die Gefangenen in ihrer beruflichen

Fortbildung oder sonst in ihrem späteren Fortkommen zu fördern.

2. Bei der Auswahl anzuschaffender Bücher haben die Geistlichen und Lehrer mitzuwirken (vgl. §§ 32, 33). Die Verwaltung der Gefangenbücherei liegt dem Lehrer oder sonst einem vom Vorsteher zu bestimmenden Beamten ob.

§ 106.

Eigene Bücher.

1. In geeigneten Fällen kann der Vorsteher Strafgefangenen die Verwendung eigener Bücher und Schriften gestatten, insbesondere solcher, die der beruflichen Fortbildung dienen. Ob und welche eigene Bücher und Schriften Untersuchungsgefangenen zu gestatten sind, bestimmt der Richter.

Zeitungen.

2. Die Erlaubnis zum Halten einer Tageszeitung auf Grund des § 38 Abs. 1a ist in der Regel nur Gefangenen in Einzelhaft oder Zellenhaft zu erteilen. Gefangene unter 18 Jahren dürfen in der Regel keine Tageszeitungen halten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit kann der Vorsteher einzelne Nummern oder Teile davon den Gefangenen vorenthalten, wenn der Inhalt eine schwere Gefährdung der Ordnung oder Sicherheit in der Anstalt befürchten läßt; die zurückbehaltenen Stücke sind alsbald der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Zeitungen sind den Gefangenen in der Regel nach 24 Stunden wieder abzunehmen und zum Besten der Gefangenenfürsorge zu verwerten. Unpolitische Fachzeitschriften unterliegen den vorstehenden Beschränkungen nicht.

3. Die Auswahl der Zeitungen steht dem Gefangenen frei. Zeitungen, Bücher und Schriften, deren Inhalt gegen die bestehende staatliche Ordnung und auf deren gewaltsamen Umsturz gerichtet ist, oder die Gefangenen zu Meutereien, zu Widerstand oder Unbotmäßigkeit oder zu sonstigen Verletzungen der Hausordnung aufwiegelt, sind nicht zugelassen. Die gänzliche Ausschließung bestimmter Zeitungen bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

4. Den Gefangenen mit einer Strafzeit von mindestens drei Monaten ist, soweit sie nicht selbst eine Tageszeitung halten, auf geeignete Weise Gelegenheit zu geben, sich über die wichtigsten Tagesereignisse auf dem Laufenden zu halten. Das Nähere bestimmt der Vorsteher.

M. Krankheiten, Geburten, Todesfälle.

§ 107.

Unterbringung der Kranken.

1. In jeder Anstalt sind nach Bedarf Krankenräume, möglichst gesondert von den übrigen Hafträumen, einzurichten. Dabei ist auf die vorübergehende Verwahrung geistig gestörter Gefangener Rücksicht zu nehmen.

2. In gemeinsamen Krankenräumen müssen auf jeden Kranken mindestens fünfundzwanzig Kubikmeter Luftraum entfallen; Einzelkrankenräume sollen in der Regel nicht weniger als dreißig Kubikmeter enthalten.

3. Bei Kranken kann von den Bestimmungen über die Trennung der Gefangenen (§§ 47, 126 Abs. 1), soweit sie sich nicht auf die Trennung der Geschlechter beziehen, abgesehen werden.

§ 108.

Ansteckende Krankheiten.

1. Gefangene mit ansteckenden Krankheiten sind von anderen Gefangenen getrennt zu halten.

2. Über die Vorsichtsmaßregeln gegen die Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten, namentlich der Schwindsucht, bestimmt der Arzt nach den gesetzlichen Vorschriften im Einvernehmen mit dem Vorsteher.

3. Ansteckende Krankheiten sind nach den gesundheitspolizeilichen Vorschriften der Polizeibehörde anzuzeigen. (Gesetz vom 12. April 1920 — L. B. Bd. 27 S. 85).

§ 109.

Krankenbehandlung.

1. Bei Erkrankungen ist der Anstaltsarzt und, falls dieser nicht erreichbar ist, nötigenfalls ein anderer Arzt herbeizurufen. Von lebensgefährlichen Erkrankungen ist dem Vorsteher, dem Geistlichen und bei Untersuchungsgefangenen auch dem Richter Nachricht zu geben. Die nächsten Angehörigen sind, nötigenfalls drahtlich, zu benachrichtigen; dem Wunsche des Gefangenen, auch andere Personen zu benachrichtigen, ist nach Möglichkeit zu entsprechen. Wenn ein Gefangener in Geisteskrankheit verfällt, oder infolge einer Erkrankung anderen Behörden — Krankenanstalten, Polizeibehörden — zur Fürsorge überwiesen wird, sind die Angehörigen gleichfalls in Kenntnis zu setzen. Bei Wehrmachtsangehörigen ist außerdem der vorgesetzten militärischen Dienststelle unverzüglich Anzeige zu erstatten.

2. Bei schweren Erkrankungen kann auf Antrag des Anstaltsarztes ein zweiter Arzt zugezogen werden. Ist nach Ansicht des Anstaltsarztes fachärztliche Behandlung geboten, so ist ein Facharzt beizuziehen.

3. Untersuchungsgefangene können sich mit Genehmigung des Richters, Zivil- und Strafgefangene mit der des Vorstehers auf ihre Kosten eines anderen als des Anstaltsarztes bedienen. Der Vorsteher hat vor der Entscheidung den Anstaltsarzt zu hören. Durch die Anordnungen des gewählten Arztes dürfen Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet werden.

4. Die ärztlichen Vorschriften sind streng zu beobachten; ihre Ausführung ist zu überwachen.

5. Sofern der Zustand eines Erkrankten es erfordert, wird er, sofern nicht die Herbeiführung einer Strafunterbrechung tunlich erscheint, in einer allgemein bestimmten Krankenanstalt untergebracht. Der Vollstreckungsbehörde ist Kenntnis zu geben. Wird der Gefangene bei der Unterbringung in die Krankenanstalt nicht zugleich aus der Haft entlassen, so ist ihm selbst und der Krankenanstalt der Zeitpunkt mitzuteilen, mit dem er aufhört, Gefangener zu sein (§ 114 Abs. 3).

6. Jeder Gefangene, der ärztlich behandelt wird, ist statistisch als „krank“ zu zählen und in das Krankenbuch einzutragen.

Zahnbehandlung.

7. Ist bei mittellosen Gefangenen nach dem Gutachten des Anstaltsarztes Zahnbehandlung oder Zahnersatz zur Erhaltung der Gesundheit notwendig, so trägt die Kosten die Staatskasse. Ist die Zahnbehandlung nur wünschenswert, so können die Kosten aus der Arbeitsbelohnung gedeckt werden, sofern das eigene Geld des Gefangenen nicht ausreicht.

§ 110.

Schwangere.

1. Die bevorstehende Entbindung einer Strafgefangenen ist der Vollstreckungsbehörde so frühzeitig anzuzeigen, daß sie die Entschliebung über Unterbrechung oder Fortdauer der Strafhaft oder anderweitige Unterbringung der Schwangeren rechtzeitig treffen kann. Wird eine Strafunterbrechung nicht angeordnet, so ist die Gefangene nach Möglichkeit in eine Entbindungsanstalt zu überführen.

2. Ob eine Untersuchungsgefangene in oder außerhalb der Anstalt ihre Niederkunft abhalten soll, bestimmt der Richter.

3. Schwangere Gefangene sind ihrem Zustande entsprechend zu versorgen. Auf die Sicherstellung geburtshilflichen Beistandes ist rechtzeitig Bedacht zu nehmen. § 109 Abs. 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden.

4. Ein während der Haft geborenes Kind ist bei der Mutter so lange zu belassen, als der Arzt es für notwendig hält. Sobald es ohne Schaden von der Mutter getrennt werden kann, ist es der Familie oder der Polizeibehörde zu überweisen. Mütter mit Kindern sind tunlich in Einzelhaft oder Zellenhaft unterzubringen. Die Behandlung der Kinder und die Berücksichtigung der Mütter bei der Verpflegung, Kleidung, Lagerung, Beschäftigung und Bewegung im Freien bestimmt der Arzt im Einvernehmen mit dem Vorsteher.

§ 111.

Geistig Minderwertige.

1. Auf die Erhaltung der geistigen Gesundheit der Gefangenen ist dauernd bedacht zu nehmen. Zeigt sich der Verdacht einer Geistesstörung, so ist dem Anstaltsarzt unverzüglich Mitteilung zu machen.

2. Bei der Behandlung geistig Minderwertiger kann mit Rücksicht auf ihren Geisteszustand auf Antrag des Anstaltsarztes von den sonst bestehenden Vorschriften abgewichen werden. Sicherungsmaßnahmen und Hausstrafen bedürfen seiner Zustimmung.

§ 112.

1. Strafgefangene, die in Geisteskrankheit verfallen, oder der Geisteskrankheit dringend verdächtig erscheinen, sind zur Heilung oder Beobachtung in eine öffentliche Irrenanstalt zu bringen. Soweit möglich, ist der Vollstreckungsbehörde vorher Nachricht zu geben, andernfalls sofort nach der Überführung.

§ 113.

Geburten und Todesfälle.

1. Geburten und Todesfälle hat der Vorsteher dem Standesbeamten auf Grund der §§ 20 und 58 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes usw. vom 6. Februar 1875 (RGBl. S. 23) anzuzeigen. In der Anzeige ist die Anstalt nur nach Straße und Nummer, nicht aber als Gefangenenanstalt zu bezeichnen.

2. Der Tod eines Gefangenen ist ohne Verzug den Angehörigen, nötigenfalls drahtlich bekannt zu machen. Der Vorsteher hat der Polizeibehörde des Heimortes des Gefangenen

und der Vollstreckungsbehörde oder bei Untersuchungsgefangenen dem Richter Kenntnis zu geben.

3. Der Arzt hat den Tod und die Todesursache attestkundig festzustellen. Mit der Benachrichtigung von dem Todesfalle ist die Aufforderung an die Angehörigen zu verbinden, sich binnen einer bestimmten Frist, in der Regel von vierundzwanzig Stunden, zu erklären, ob sie die Bestattung übernehmen wollen. Wird sie innerhalb der bestimmten Frist von den Angehörigen nicht übernommen, so wird der Leichnam der Ortspolizeibehörde überwiesen, die die ortsübliche Bestattung veranlaßt.

4. Wegen der Leichen von Hingerichteten bestimmt § 454 Abs. 5 StPD.

5. Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß ein Gefangener eines nicht natürlichen Todes gestorben ist, so ist die schriftliche Feststellung des Tatbestandes mit einem Gutachten des Arztes der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Nur mit schriftlicher Genehmigung der Staatsanwaltschaft oder des Amtsrichters darf über die Leiche nach Abs. 3 verfügt werden.

Behandlung des Nachlasses.

6. Der im Gewahrsam der Anstalt befindliche Nachlaß eines Gefangenen ist den Erben auf deren Verlangen auszuhändigen, sofern nicht der Herausgabeanspruch förmlich gepfändet ist. Dem Fürsorgeverbande, der die Kosten der Beerdigung zu tragen hat, ist das Vorhandensein nennenswerter Nachlaßgegenstände mitzuteilen. Die Herausgabe der Sachen an den Fürsorgeverband ohne Pfändung und Überweisung des Herausgabeanspruchs der Erben darf nur erfolgen, wenn die Erben innerhalb eines Jahres keinen Anspruch auf Herausgabe erhoben haben und ein solcher Anspruch auch nicht zu erwarten ist. Die dem Gefangenen gutgeschriebene Arbeitsbelohnung gehört nicht zum Nachlaß. Den Erben kann jedoch auf ihren Antrag das Guthaben mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gezahlt werden, wenn und soweit ihnen durch die Pflege des beurlaubten Gefangenen, durch ärztliche Behandlung oder durch die Beerdigung Kosten erwachsen sind und nach ihren Verhältnissen die Erstattung aus der Arbeitsbelohnung billig erscheint.

N. Entlassung. Überführung in eine andere Anstalt. Aussetzung und Teilung des Vollzuges.

§ 114.

Entlassung. Allgemeines.

1. Untersuchungsgefangene dürfen nur auf schriftliche Anweisung des Richters oder des Staatsanwalts entlassen werden.

2. Zivilhaftgefangene, die auf Antrag eines Gläubigers in Haft sind, müssen entlassen werden, wenn der Gläubiger es beantragt, oder der Verpflegungsvorschuß erschöpft ist, oder die Haft die Dauer von sechs Monaten erreicht hat.

3. Strafgefangene sind mit Ablauf der Strafzeit ohne besondere Anweisung zu entlassen. Zu diesem Zwecke ist bei der Annahme der Zeitpunkt der Entlassung zu berechnen und in dem Entlassungskalender zu vermerken. Der Tag wird zu vierundzwanzig Stunden, die Woche zu sieben Tagen, der Monat und das Jahr nach der Kalenderzeit berechnet. Die Strafzeit beginnt mit dem Eintritt in eine Gefangenanstalt, falls nicht ein anderer Zeitpunkt besonders festgesetzt ist. In Zweifelsfällen ist Rückfrage geboten. Wird ein Kranker in ein von der Anstalt getrenntes Krankenhaus überführt, ohne daß gleichzeitig die Entlassung aus der Haft angeordnet ist, so wird die in dem Krankenhaus zugebrachte Zeit in die Strafdauer eingerechnet; das Gegenteil kann nur durch gerichtliche Entscheidung bestimmt werden (§ 461 StPD.).

4. Der Tag der Entlassung von Angehörigen der Wehrmacht ist der vorgesetzten Dienstbehörde in der Regel wenigstens eine Woche vor der Entlassung mitzuteilen.

5. Vor Ablauf der Strafzeit darf ein Gefangener nur auf schriftliche Anweisung entlassen werden.

6. Wird die Entlassung eines Gefangenen drahtlich angeordnet, so ist er alsbald zu entlassen, wenn nach der Sachlage gegen die Echtheit der Anordnung keine Bedenken bestehen. Andernfalls ist Rückfrage durch Fernsprecher erforderlich, oder es ist der anordnenden Behörde sofort drahtlich anzuzeigen, wann die Entlassung erfolgen wird. Sie geschieht in diesem Falle erst, wenn bis dahin keine abweichende Anordnung eintrifft. Entlassungsanweisungen durch Fernsprecher sind abzulehnen, sofern nicht durch Rückfrage die Richtigkeit bedenkenfrei festgestellt ist.

7. Die Entlassung ist dem Richter oder der Vollstreckungsbehörde schriftlich anzuzeigen.

8. Jeder Gefangene erhält bei der Entlassung eine Bescheinigung über die Haftdauer mit Angabe des Aktenzeichens der Strafsache und des Entlassungsortes.

§ 115.

Zeit der Entlassung.

1. Der Vorsteher ist verantwortlich, daß kein Gefangener über die bestimmte Strafzeit zurückgehalten wird. Liegt das

Ende der Strafe zwischen 6 Uhr abend und 7 Uhr morgens, so ist der Gefangene schon am Abend um 6 Uhr zu entlassen. Auf Wunsch ist ihm das Verbleiben in der Anstalt bis zum nächsten Morgen zu gestatten. Die gleiche Erlaubnis ist auch Untersuchungs- und Zivilhaftgefangenen zu erteilen.

2. Der Vorsteher ist berechtigt, am letzten Tage der Strafzeit Gefangene wegen der Verkehrsverhältnisse oder aus sonstigen wichtigen Gründen eine mäßige Zeit vor dem Strafablauf zu entlassen.

§ 116.

Vorläufige Entlassung.

1. Die zu einer längeren Gefängnisstrafe Verurteilten können, wenn sie drei Viertel, mindestens aber ein Jahr der ihnen auferlegten Strafe verbüßt, sich auch während dieser Zeit gut geführt haben, mit ihrer Zustimmung vorläufig entlassen werden (§§ 23 bis 26 StGB.).

2. Durch verschiedene Urteile erkannte Strafen sind zusammenzurechnen; drei Viertel der Summe sind als diejenige Zeit anzunehmen, nach deren Ablauf die vorläufige Entlassung erfolgen darf. Festungshaft und Haftstrafen sind bei dieser Berechnung außer Ansatz zu lassen.

3. Ist auf die erkannte Strafe Untersuchungshaft anzurechnen (§ 60 StGB., § 450 StPD.), so kommt für die vorläufige Entlassung nur der Teil der erkannten Strafe in Betracht, der nach Abzug der angerechneten Untersuchungshaft für die Strafverbüßung übrig bleibt.

4. Die Anträge auf vorläufige Entlassung sind in der Beamtenbesprechung zu begutachten und nur dann zu befürworten, wenn die Persönlichkeit und das Gesamtverhalten des Gefangenen während der Haft sowie die Verhältnisse, in die er nach der Entlassung tritt, eine Gewähr dafür bieten, daß er die vorläufige Entlassung zum Wiederbeginn eines gesetzmäßigen und ehrenhaften Lebens gebrauchen werde. Außerdem ist zu prüfen, ob der nach der Entlassung verbleibende Strafrest ausreicht, um eine ernsthafte Probe auf das Wohlverhalten des Entlassenen zu ermöglichen, oder ob Strafaussetzung mit Aussicht auf Begnadigung vorzuziehen ist. Anträge auf vorläufige Entlassung rückfälliger Verbrecher sind besonders sorgfältig zu prüfen.

5. Die Bearbeitung der Gesuche soll so rechtzeitig erfolgen, daß die bewilligte Entlassung alsbald nach Ablauf von drei Vierteln der Strafe erfolgen kann.

Benachrichtigung der Polizeibehörde.

1. Gefangene, die nach § 361 Nr. 3 bis 8 StGB. geschärfte Haftstrafe verbüßen oder gegen die auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt ist, sind der Polizeibehörde durch rechtzeitige Benachrichtigung von der bevorstehenden Entlassung zur Verfügung zu stellen.

Polizeiaufsicht.

2. Zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch die Landespolizeibehörde (§ 39 StGB.) hat der Vorsteher sechs Wochen vor der Entlassung eines Gefangenen, gegen den auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt ist, der Landespolizeibehörde des Entlassungsortes ein Zeugnis über die Führung nebst einer Äußerung über die Angemessenheit der Polizeiaufsicht (§ 33 Abs. 1f) zu übersenden. Hierbei ist anzugeben, ob und in welcher Weise der Verurteilte sich der Fürsorge unterstellt hat. Ist er Ausländer, der einen festen Wohnsitz innerhalb des lippischen Staatsgebietes bisher nicht hatte, so sind die Schriftstücke der Landespolizeibehörde, in deren Bezirk die Anstalt belegen ist, sechs Wochen vor der Entlassung zu übersenden.

Überweisung an die Landespolizeibehörde.

3. Bei Gefangenen, gegen die auf eine Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt ist (§ 362 StGB.) und die eine Strafe von drei Monaten oder darüber zu verbüßen haben, ist rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedingungen für eine Aussetzung des Überweisungsbeschlusses vorliegen.

Insbefondere ist zu erörtern, ob nach der Führung während der Strafverbüßung die Aussetzung des Beschlusses befürwortet werden kann. Treffen die für die Aussetzung des Beschlusses gegebenen Bedingungen nicht zu, so ist nach dem Vorleben und nach der Führung zu prüfen, für welche Dauer die Verhängung einer Nachhaft empfohlen wird. Die Äußerung ist der Landespolizeibehörde mindestens zwei Wochen vor der Entlassung mitzuteilen.

Fürsorgeerziehung.

1. Ein Gefangener, der der Fürsorgeerziehung überwiesen ist, ist der Fürsorgeerziehungsbehörde oder, falls diese nicht rechtzeitig erreichbar ist, dem Jugendamt zur Verfügung zu stellen.

2. Wird für einen Gefangenen für die Zeit nach seiner Entlassung die Einleitung der Fürsorgeerziehung oder die Stellung

unter Schutzaufsicht für erforderlich erachtet (§ 33 Abs. 1f), so ist dem Vormundschaftsgericht und dem zuständigen Jugendamt (§§ 7, 56 ff, 62 ff des Jugendwohlfahrtsgef. vom 9. Juli 1922 — RGBl. I S. 633 —) unter Hinweis auf die Tatsachen, die die Maßnahmen erforderlich machen, insbesondere eine Verwahrlosung erkennen lassen, Mitteilung zu machen. Die Mitteilung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß sie schon von der Staatsanwaltschaft erfolgt ist, und ist so zu beschleunigen, daß die angeordnete Schutzmaßnahme möglichst im Anschluß an die Strafverbüßung durchgeführt werden kann.

Geistesranke.

3. Gemeingefährliche Geistesranke sind der Polizeibehörde rechtzeitig zu überweisen. Dies gilt auch für Epileptiker, die wegen einer im Dämmerzustande verübte Straftat nach § 51 StGB. freigesprochen, aber wegen der Gefahr der Wiederkehr ähnlicher Straftaten nach gerichtsärztlichem Gutachten als gemeingefährlich anzusehen sind.

§ 119.

Wahl des Aufenthaltsortes.

1. Jedem Gefangenen, der Reichsdeutscher ist, steht die Wahl seines zukünftigen Aufenthaltsortes frei, insoweit nicht durch das Bundesgesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 (Bundesgesetzblatt S. 55), oder bei Zulässigkeit von Polizeiaufsicht Beschränkungen vorgesehen sind.

Verlassen des Aufenthaltsortes.

2. Gefangene, die nach außerhalb entlassen werden, sind anzuweisen, sich unverzüglich nach dem zukünftigen Aufenthaltsorte zu begeben.

Ausländer.

3. Die bevorstehende Entlassung von Ausländern ist der Ortspolizeibehörde rechtzeitig mitzuteilen.

§ 120.

Ärztliche Untersuchung.

1. Gefangene, die eine Strafe von mehr als sechs Monaten verbüßt haben, sind vor der Entlassung regelmäßig auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu untersuchen.

Bekleidung. Barschaft. Arbeitsbelohnung.

2. Bei der Entlassung sind dem Gefangenen die ihnen gehörigen Kleidungsstücke, Barschaften und sonstigen Gegenstände,

sowie die ihnen auszuhändigende Arbeitsbelohnung (vgl. § 121 Abs. 1) gegen Empfangsbcheinigung zu verabsfolgen.

3. Die Gefangenen sind bei der Entlassung so zu bekleiden, wie es die Jahreszeit, die Gesundheit und Schicklichkeit erfordern. Bei der Abführung in eine andere Anstalt ist die Dauer der Überführung zu berücksichtigen. Die eigenen Kleider sind rechtzeitig in Stand zu setzen. Sind sie nicht ausreichend oder so schlecht, daß sie den Gefangenen in seinem Fortkommen hindern würden, so sind geeignete Bekleidungsstücke aus den Beständen der Anstalt oder im Wege der Fürsorge zu beschaffen oder, wenn das nicht möglich ist, anzukaufen. Zur Deckung der Kosten kann ein angemessener Teil der Arbeitsbelohnung nach den jeweils geltenden Bestimmungen verwendet werden.

§ 121.

Reisekosten. Zehrgeld.

1. Nach Befinden des Vorstehers kann der dem Gefangenen verbleibende Betrag der Arbeitsbelohnung einer Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde am künftigen Aufenthaltsort zur sofortigen oder allmählichen Aushändigung an den Entlassenen übersandt werden, wenn der Gefangene zustimmt oder wenn nach den besonderen Verhältnissen mißbräuchliche Verwendung zu besorgen ist. Das Geld ist so zeitig abzusenden, daß es bei der Ankunft des Entlassenen schon zur Auszahlung bereit ist.

2. Wenn ein Gefangener nach einem mehr als 10 km entfernten Orte entlassen wird und Reisegelegenheit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel vorhanden ist, so ist, falls ihm eigene Mittel nicht zur Verfügung stehen, eine Fahrkarte der billigsten Klasse zu verschaffen. Für franke oder besonders schwache Personen können Fahrkarten auch bei geringerer Entfernung beschafft werden. Neben der Fahrkarte kann nach den jeweiligen Bestimmungen ein angemessenes Zehrgeld ausgehändigt werden. Ein solches darf nötigenfalls auch gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Beschaffung einer Fahrkarte nicht vorliegen. Die Zahl der Reisetage bestimmt der Vorsteher.

3. Welcher Ort als Entlassungsort im Sinne des Abs. 2 anzusehen ist, bestimmt unbeschadet des § 119 Abs. 1 der Vorsteher. Ist eine Fürsorgestelle bereit, den Entlassenen an einem anderen Orte in einem Arbeitsverhältnis unterzubringen, so kann der Vorsteher, sofern dadurch nicht außergewöhnliche Mehrkosten entstehen, Fahrkarte und Zehrgeld für die Reise nach diesem Orte bewilligen.

4. Die Kosten für Fahrkarte und Zehrgeld sind aus der Arbeitsbelohnung zu entnehmen, jedoch muß einschließlich des eigenen Geldes ein nach den jeweiligen Bestimmungen zu bemessender Betrag übrigbleiben. Der aus der Arbeitsbelohnung nicht gedeckte Betrag ist aus Staatsmitteln zu gewähren.

5. Reichen die Arbeitsbelohnung und das eigene Geld nicht aus, um einen Entlassenen vor augenblicklicher Not zu schützen, so kann eine angemessene Unterstützung nach Maßgabe der jeweils geltenden Bestimmungen aus der Staatskasse gewährt werden.

6. Diese Vorschriften gelten auch für den Fall der vorläufigen Entlassung sowie dann, wenn die Strafvollstreckung aus Verwaltungsgründen oder mit Rücksicht auf einen in Aussicht genommenen Gnadenerweis unterbrochen wird. Ob ein beurlaubter Gefangener den Reiseaufwand aus seinem Guthaben an Arbeitsbelohnung bestreiten darf, entscheidet der Vorsteher.

Überwachung der Abreise.

7. Ist zu vermuten, daß Entlassene, die zur Abreise öffentliche Verkehrsmittel benutzen sollen, sich unnötiger Weise an dem Orte der Anstalt aufhalten werden, so können sie von einem Anstaltsbeamten zur Abfahrtstelle begleitet werden, sofern Reise- und Zehrgeld aus Staatsmitteln bezahlt werden. Lehnen sie die Begleitung ab, so kann Reise- und Zehrgeld verweigert werden; der Polizeibehörde des Strafortes ist unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 122.

Fürsorge.

1. Die Gefangen- und Entlassenenfürsorge soll sich erstrecken auf:

- a) alle Straf- und Untersuchungsgefangenen, die der Fürsorge bedürfen;
- b) alle unter Polizeiaufsicht stehenden Personen, soweit sie die Schutzaufsicht einer Fürsorgestelle annehmen;
- c) alle Personen, die sich zur Abwendung der Überweisung an die Landespolizeibehörde einer solchen Aufsicht unterstellen;
- d) die Angehörigen, soweit sie auf den Unterhalt durch den Gefangenen angewiesen sind.

2. Durch die Fürsorge ist darauf hinzuwirken, daß die Gefangenen nach der Entlassung in geordnete Verhältnisse kommen und durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben können. Daher ist der Pflege der Familienverhältnisse der Gefangenen

schon während der Haft besondere Sorgfalt zuzuwenden. Gefangene, die eine längere Strafe verbüßen oder infolge der Haft ihre Arbeitsstelle verloren haben, sind während des Vollzuges und bei der Entlassung auf die Fürsorgeeinrichtungen und die öffentlichen Arbeitsnachweise hinzuweisen. Auch ist Bedacht zu nehmen, daß den Gefangenen bei der Entlassung Helfer zur Seite stehen. In geeigneten Fällen ist ihnen nahe zu legen, sich freiwillig der Schutzaufsicht einer geeigneten Person oder eines Fürsorgevereins zu unterstellen.

3. Alle Anstaltsbeamten, insbesondere der Vorsteher, die Geistlichen und Lehrer, sollen sich der Fürsorge widmen. Sie haben sich mit den Wohlfahrtsämtern, mit Arbeiterkolonien, Asylen und ähnlichen Wohlfahrtseinrichtungen, mit Kirchenbehörden, Arbeitgebern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmersverbänden usw., bei Minderjährigen auch mit dem Jugendamt ins Einvernehmen zu setzen. In der Beamtenbesprechung ist auf die Förderung der Fürsorge besonderer Wert zu legen, namentlich ist auch über das Ergebnis der Fürsorgemaßnahmen für einzelne Gefangene zu berichten. Die Anstaltsbeamten sollen sich bemühen, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Anteilnahme an der Gefangenenfürsorge zu wecken und zu erhalten.

4. Die Unterbringung der Gefangenen in Arbeitsstellen usw. ist rechtzeitig, etwa sechs Wochen vor der Entlassung, vorzubereiten. Zu diesem Zwecke ist, sofern die Unterbringung erforderlich und nicht auf andere Weise, etwa durch Fürsorgevereine oder dergl., gesichert ist, die bevorstehende Entlassung sechs Wochen vorher dem Landesamt für Arbeitsvermittlung anzuzeigen, in dessen Bezirk der Gefangene seinen Wohnsitz hat oder in Ermangelung eines solchen seine letzte Arbeitsstätte hatte. Dabei ist neben den Angaben über die persönlichen Verhältnisse, die beruflichen Fähigkeiten und den Gesundheitszustand des Gefangenen auch mitzuteilen, an welchem Orte der Gefangene in Arbeit zu treten wünscht. Gegen seinen Willen darf diese Mitteilung nicht erfolgen.

5. Vertretern der Fürsorgestellen kann der Verkehr mit den Gefangenen, insbesondere Zellenbesuch, und die Teilnahme an Besprechungen der Beamten über Fürsorgeangelegenheiten von dem Vorsteher gestattet werden. Zum Verkehr mit weiblichen Gefangenen werden in der Regel nur Frauen zugelassen. Ob den Unterredungen ein Beamter beiwohnen soll, entscheidet der Vorsteher.

6. Bei Briefen an Privatpersonen in Fürsorgeangelegenheiten ist nötigenfalls Vorsorge zu treffen, daß der Brief nicht

äußerlich als aus einer Gefangenanstalt herstammend erkennbar ist. Zu diesem Zwecke können statt der Dienstmarken gewöhnliche Freimarken verwendet werden. Dies gilt insbesondere für die von Geistlichen oder Lehrern geschriebenen Briefe; solche Briefe sind wie sonstige dienstliche Schreiben zu befördern.

§ 123.

Abführung in andere Anstalten.

1. Gefangene müssen vor ihrer Überführung in eine andere Anstalt auf Überführungs- oder Annahmefähigkeit ärztlich untersucht werden. Die Untersuchung kann unterbleiben, wenn der Gesundheitszustand bisher zu Klagen, erheblichen ärztlichen Anordnungen oder zu sonstiger Besorgnis keine Veranlassung gegeben hat.

2. In den Begleitpapieren ist zu bescheinigen, das der Gefangene frei von Ungeziefer übergeben wurde und ob er frei von Hautkrankheiten ist.

§ 124.

Aussetzung und Teilung des Vollzuges.

1. Regelmäßig sind weder der Vorsteher noch sonstige Anstaltsbeamte befugt, eigenmächtig über Aussetzung oder Teilung des Vollzuges zu bestimmen.

2. Über Aufschub oder Unterbrechung von Freiheitsstrafen entscheiden die zuständigen Justizbehörden.

3. Bei der Anstalt eingehende Gesuche sind mit Angabe des Aktenzeichens an die Vollstreckungsbehörde weiterzugeben; bei Anträgen auf Strafunterbrechung ist eine gutachtliche Äußerung beizufügen (§ 33 Abs. 1e). Wegen der Gnadengesuche vgl. § 100.

4. Über die bei der Staatsanwaltschaft eingehenden Strafunterbrechungsgesuche soll von ihr in der Regel erst nach Anhörung des Vorstehers entschieden werden. Wenn die Staatsanwaltschaft wegen Dringlichkeit des Falles den Vorsteher nicht gehört hat, bleibt es ihm überlassen, vor Ausführung der Strafunterbrechung bei der entscheidenden Stelle drahtlich oder fernmündlich vorstellig zu werden, sofern gewichtige Umstände vorliegen, bei deren Kenntnis die Strafunterbrechung vermutlich abgelehnt worden wäre.

Beurlaubungen.

5. Der Vorsteher ist befugt, Strafgefangene, die Gefängnis- oder Haftstrafen verbüßen, bis zur Dauer von einer Woche unter Vorbehalt des Widerrufs zu beurlauben, wenn dringende Gründe es gebieten und es nach Lage des Falles nicht angängig erscheint, zuvor die Entscheidung der Staatsanwaltschaft einzu-

holen. Er hat von der Beurlaubung die Staatsanwaltschaft sofort zu benachrichtigen und ihr die weitere Entschließung zu überlassen. Gibt der Vorsteher einem Gesuche um Beurlaubung nicht statt, so hat er es der Staatsanwaltschaft sofort vorzulegen. Wenn der Vorsteher einen Strafurlaub erteilt hat, so ist Beginn und Dauer des Urlaubs sowie der Wiederantritt der Strafe der Vollstreckungsbehörde schriftlich anzuzeigen. Bei Wehrmachtsangehörigen ist die vorgesetzte militärische Dienststelle tunlichst vorher zu hören. Im Falle der Unmöglichkeit ist sie unverzüglich von der Beurlaubung zu benachrichtigen.

Ausführungen.

6. Der Vorsteher kann, falls es aus wichtigen Gründen notwendig ist, die Ausführung eines Strafgefangenen aus der Anstalt auf einige Stunden (z. B. zu zivilgerichtlichen Terminen, Besorgung persönlicher Angelegenheiten, Teilnahme an Beerdigungen usw.) gestatten, ohne daß eine Beurlaubung erfolgt. Die Ausführung erfolgt durch Anstaltsbeamte, denen gegebenenfalls die gesetzlichen Reisekosten zustehen. Diese und sonstige Kosten hat der Gefangene zu tragen und regelmäßig vorzuschießen. Bei Untersuchungsgefangenen entscheidet der Richter.

O. Entweichungen.

§ 125.

Entweichungen.

1. Entweicht ein Gefangener, so ist die Verfolgung unverzüglich einzuleiten. Bleibt sie ohne Erfolg, so hat der Vorsteher eine genaue Personalbeschreibung an die Polizeibehörde des Anstaltsortes und des Heimortes sofort mitzuteilen und dem Richter oder der Strafvollstreckungsbehörde Nachricht zu geben. Bei Entweichungen von Militärpersonen ist außer der vorgesetzten militärischen Dienstbehörde auch dem für den Entweichungsort zuständigen Garnisonkommando unverzüglich Nachricht zu geben. Gleichzeitig ist die Art der Entweichung festzustellen und zu ermitteln, ob andere Gefangene die Entweichung begünstigt haben, ob ein Beamter seine Pflicht vernachlässigt hat, und ob Einrichtungen der Anstalt mangelhaft sind. Der Vorsteher legt die Verhandlungen mit einer gutachtlichen Äußerung der Aufsichtsbehörde vor.

2. Die Rückkehr des Gefangenen ist der Aufsichtsbehörde und dem Richter oder der Vollstreckungsbehörde anzuzeigen.

3. Flucht und Fluchtversuche, auch bei Terminen, Vor- und Ausführungen, werden als schwere Verstöße bestraft.

F. Behandlung Jugendlicher und im Lebensalter ihnen nahe- stehender Gefangenen.

§ 126.

U n t e r b r i n g u n g.

1. Gefangene, die das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben (Jugendliche), sind von erwachsenen Gefangenen derart getrennt zu halten, daß jeder Verkehr ausgeschlossen bleibt.

2. Die Vollstreckung der Gefängnisstrafen erfolgt in der Jugendabteilung der Landesstrafanstalt. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde können die Gefangenen bis zum vollendeten 21. Lebensjahre und, falls der dann noch zu verbüßende Strafrest drei Monate nicht übersteigt, bis zur Verbüßung dieses Strafrestes in der Jugend-Abteilung behalten werden. Andernfalls sind sie in die Abteilung für erwachsene Gefangene zu versetzen.

§ 127.

E i n z e l h a f t.

Ein Jugendlicher darf nur mit Zustimmung des Anstaltsarztes länger als drei Monate in Einzelhaft oder Zellenhaft gehalten werden. In der Gemeinschaftshaft ist dafür zu sorgen, daß die Gefangenen nicht sittlich gefährdet werden.

§ 128.

S t r a f a k t e n.

1. Bei Jugendlichen hat die Vollstreckungsbehörde der Anstalt, und zwar tunlich schon mit den Annahmeersuchen, die Akten, eine Urteilsabschrift oder einen Auszug aus den Akten oder aus dem Urteil zu übersenden.

B e h a n d l u n g.

2. Im Strafvollzug gegen Jugendliche ist ihre Erziehung und Fortbildung zu fördern. Sie sind sämtlich zum Unterricht heranzuziehen (vgl. § 104 Abs. 3).

B e s c h ä f t i g u n g.

3. Bei Jugendlichen, die eine längere Freiheitsstrafe verbüßen, ist während der Strafverbüßung die Erlernung eines Handwerks oder eines sonstigen Berufes anzustreben. Gefangenen, die bereits einen Beruf angehören oder sich einem bestimmten Berufe widmen wollen, ist theoretische und praktische Ausbildung soweit möglich zu ermitteln. Bei der Einrichtung

der Arbeitsbetriebe, bei der Auswahl der darin beschäftigten Beamten und bei der Zuweisung der einzelnen Gefangenen in die Arbeitsbetriebe ist hierauf besondere Rücksicht zu nehmen.

4. Die Jugendlichen sollen möglichst viel mit Arbeiten im Freien, insbesondere mit gärtnerischen und landwirtschaftlichen Arbeiten, beschäftigt werden. Diese Beschäftigung soll, auch wenn sie auf mehrere Tage der Woche verteilt wird, insgesamt mindestens einen vollen Arbeitstag für jede Woche ausmachen.

5. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht mehr als acht Stunden. Sie ist durch mindestens zwei längere Erholungspausen zu unterbrechen.

§ 129.

Bewegung im Freien.

1. Die tägliche Erholungszeit soll mindestens vier Stunden betragen. Davon soll zweimal täglich je eine Stunde auf die Bewegung im Freien (§ 95) verwendet werden. Hierbei sollen unter Leitung eines geeigneten Beamten auch Turnübungen (Freiübungen, Geräteturnen, Turnspiele) vorgenommen werden. Turnunterricht ist zu erteilen.

Besuche, Briefverkehr.

2. Jugendliche dürfen in der Regel alle vier Wochen einen Besuch empfangen und alle zwei Wochen einen Brief empfangen und absenden. Der Vorsteher kann häufigere Besuche und Briefe zulassen. Die Bestimmungen des § 96 Abs. 2 Satz 2 und des § 97 Abs. 6 bleiben unberührt.

3. Es können auch solche Schriftstücke zurückgehalten werden, deren Aushändigung oder Absendung dem Zwecke der Erziehung widersprechen würde.

Q. Sondervorschriften für Untersuchungsgefangene.

§ 130.

Allgemeines.

1. Untersuchungsgefangene sind mit steter Berücksichtigung des Umstandes zu behandeln, daß ihre Schuld noch nicht feststeht. Ihnen dürfen nur solche Beschränkungen auferlegt werden, die zur Sicherung des Haftzweckes oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Anstalt notwendig sind.

Verwahrung.

2. Sie sind von Gefangenen anderer Art gesondert, Mitverdächtige in möglichst von einander entfernten Hafträumen zu

verwahren. Sofern der Richter nicht anders verfügt, ist vorzugsweise Einzelhaft oder Zellenhaft anzuwenden.

B e r g ü n s t i g u n g e n .

3. Untersuchungsgefangene dürfen sich auf ihre Kosten Bequemlichkeiten und Beschäftigungen verschaffen, die weder den Haftzweck gefährden noch die Ordnung oder Sicherheit beeinträchtigen.

§ 131.

A r b e i t .

Untersuchungsgefangene dürfen zur Arbeit nicht gezwungen werden. Die freiwillige Beteiligung an den eingeführten Arbeiten kann mit Genehmigung des Richters von dem Vorsteher gestattet werden. Bezüglich der Arbeitsbelohnung unterliegen sie den Bestimmungen des § 93; die Entscheidung über die Verwendung oder Einziehung der Verwendungserlaubnis steht jedoch dem Richter zu.

§ 132.

B e k l e i d u n g .

1. Untersuchungsgefangenen ist die eigene Kleidung und Wäsche zu belassen, sofern die Sachen ausreichend, ordentlich und schicklich sind. Andernfalls wird ihnen Hauskleidung verabfolgt. Auf Verlangen des Richters sind sie in denjenigen Kleidern vorzuführen, welche sie bei der Verhaftung getragen haben. Sie dürfen eigene Bettstücke benutzen.

2. Die Hauskleidung der Untersuchungsgefangenen hat sich von derjenigen der Strafgefangenen zu unterscheiden.

§ 133.

B e k ö s t i g u n g .

Die Untersuchungsgefangenen werden von der Anstalt nach der Kostordnung beköstigt. Auf Verlangen ist ihnen jedoch zu gestatten, sich nach § 82 selbst zu beköstigen. Der Richter kann auch Abweichungen von jenen Bestimmungen zulassen. Wird ausnahmsweise die anderweitige Einbringung von Lebensmitteln gestattet, so sind sie, ebenso wie das Geschirr, vor der Verabfolgung sorgfältig zu untersuchen; Backwaren sind zu durchschneiden. Die Ermächtigung zur Selbstbeköstigung kann bei Mißbrauch entzogen werden.

§ 134.

B e r f ü g u n g e n d e s R i c h t e r s .

1. Die Dienst- und Vollzugsordnung sowie die Hausordnung finden auf Untersuchungsgefangene insoweit Anwendung, als

nicht der Richter abweichende Anordnungen trifft. Jedoch darf durch solche Anordnungen die Ordnung oder Sicherheit nicht beeinträchtigt werden. Sollte der Vorsteher eine Gefährdung befürchten, so kann er die Anordnungen des Richters vorläufig beanstanden, muß ihn aber sofort benachrichtigen. Falls eine Einigung nicht herbeigeführt wird, bleibt es dem Richter überlassen, die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

Hausstrafen.

2. Die Verhängung von Hausstrafen steht nur dem Richter zu (§ 116 Abs. 5, § 124 StPD.).

Zusammentreffen von Straf- und Untersuchungshaft.

3. Wird gegen einen Strafgefangenen Untersuchungshaft verhängt, oder soll gegen einen Untersuchungsgefangenen eine Freiheitsstrafe in einer anderen Sache vollstreckt werden, so wird er, wenn nicht die Strafhaft unterbrochen oder die Strafvollstreckung ausgesetzt wird, als Strafgefangener behandelt. Er ist jedoch von anderen Gefangenen getrennt zu halten und innerhalb der Anstalt zu beschäftigen. Für den Verkehr mit dem Verteidiger gelten die Vorschriften über Untersuchungsgefangene.

Sonstige Sonderbestimmungen.

4. Wegen der sonstigen Behandlung vergl. §§ 1 (Verwahrungsort), 39 (Annahme), 43 (Annahmeanzeige), 46 (Personalbeschreibung), 47 (Unterbringung), 60 bis 63 (Sicherungsmaßregeln), 125 (Entweichung), 75 (Hausstrafverfahren), 76 (Kennzeichnung des Hafttraumes), 78 (Haar- und Barttracht), 82 (Beföstigung), 87 (Arbeit), 95 (Bewegung im Freien), 96 (Besuche), 97, 98 (Briefverkehr), 102, 104, 106 (Seelsorge, Unterricht, Lesestoff), 109 (Erkrankung), 109 (Entbindung), 111 (Geisteskrankheit), 113 (Geburten und Todesfälle), 114 (Entlassung).

5. Rechtskräftig verurteilte, aber noch nicht in die Verbüßungsanstalt abgeführte Gefangene werden in der Zwischenzeit als Strafgefangene behandelt.

R. Sondervorschriften für Strafgefangene.

1. Gefängnisgefangene.

§ 135.

Arbeit.

1. Den Gefangenen ist in der Regel eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Arbeit zuzuweisen, auf ihr Ver-

langen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen (§ 16 Abs. 2 StGB.) Unter einer den Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Arbeit ist nicht bloß eine solche zu verstehen, die der Gefangene schon früher gelernt oder betrieben hat. Wegen Auswahl der Arbeit vgl. § 87 Abs. 5; dabei ist auf die Wünsche der Gefangenen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

2. Der Vorsteher kann ausnahmsweise Gefangene, die nicht wegen ehrloser Handlung verurteilt sind, von den Hausarbeiten (§ 88) entbinden.

3. Außerhalb der Anstalt dürfen Gefangene nur mit ihrer Zustimmung beschäftigt werden (§ 16 StGB.). Diese ist schriftlich festzustellen und kann für die Arbeit, für die sie erteilt ist, nur unter besonderen Umständen widerrufen werden.

4. Wegen Selbstbeschäftigung vgl. §§ 91 Abs. 2, 53 Abs. 1h.

§ 136.

Bekleidung.

Die Gefangenen tragen Hauskleidung. Auf Antrag kann ihnen der Gebrauch eigener Kleidung und Wäsche sowie eigener Bettstücke gestattet werden, sofern die Sachen ausreichend, ordentlich und schicklich sind.

§ 137.

Beföstigung.

1. Die Gefangenen werden von der Anstalt nach der Kostordnung beföstigt.

2. Die Selbstbeföstigung ist nur gestattet, wenn nach dem Gutachten des Anstaltsarztes die Beibehaltung der regelmäßigen Gefängniskost eine Schädigung des Gesundheitszustandes herbeiführen würde und nach den Einrichtungen der Anstalt sich eine genügende andere Kost nicht beschaffen läßt (§ 81).

2. Einfache Haft.

§ 138.

Art der Strafe.

1. Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung.

Arbeit.

2. Die Gefangenen mit Ausnahme der auf Grund des § 361 Nr. 3 bis 8 StGB. Verurteilten dürfen zur Arbeit nicht gezwungen werden. Ihnen ist Selbstbeschäftigung, die mit der Ordnung und Sicherheit vereinbar ist, zu gestatten. Mit ihrer Zustimmung ist ihnen Arbeit zuzuweisen.

3. Die Selbstbeschäftigung darf von der Zahlung einer Entschädigung nicht abhängig gemacht werden. Für die zugewiesene Beschäftigung gelten die Bestimmungen über die Arbeit und Arbeitsbelohnung der Gefängnisgefangenen (§ 135).

Bekleidung.

4. Die Haftgefangenen behalten ihre eigene Kleidung und Wäsche und können eigene Bettstücke benutzen, sofern die Sachen ausreichend, ordentlich und schicklich sind. Andernfalls wird ihnen Gefängnisbekleidung verabfolgt (§ 79). Es kann ihnen gestattet werden, Geld bei sich zu führen.

Beköstigung.

5. Auf Verlangen ist ihnen Selbstbeköstigung nach § 82 zu gestatten. Machen sie hiervon keinen Gebrauch oder wird ihnen die Ermächtigung bei Mißbrauch entzogen, so werden sie von der Anstalt beköstigt. Das Rauchen kann ihnen gestattet werden.

Bücher und Schriften.

6. Die Gefangenen dürfen Zeitungen halten und eigene Bücher und Schriften benutzen. § 106 Abs. 3 findet Anwendung.

Sonstige Sondernormen.

7. Die im § 73 Abs. 2 vorgesehenen Schärfungen des Arrestes sind nicht zulässig. Dagegen können den Gefangenen die unter Nr. 2—6 angeführten Rechte als Hausstrafe entzogen werden. Weiter vgl. die §§ 47 (Unterbringung), 51 Abs. 2 (Einzelhaft), 87 (Arbeit), 97 (Briefverkehr).

8. Im übrigen werden sie behandelt wie Gefängnisgefangene.

3. Geschärfte Haft.

§ 139.

Arbeit.

1. Die nach § 361 Nr. 3 bis 8 StGB. Verurteilten können zu Arbeiten, die ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, sofern sie von freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Anstalt angehalten werden (§ 362 StGB.). Zur Außenarbeit bedarf es ihrer Zustimmung nicht.

Bekleidung.

2. Sie erhalten Gefängnisbekleidung und Gefängnislager.

Beföstigung.

3. Selbstbeföstigung ist ausgeschlossen.

Sonstige Sondervorschriften

4. Weiter vgl. die §§ 47 (Unterbringung), 87 (Arbeit), 117 (Entlassung).
5. Im übrigen werden sie behandelt wie Gefängnisgefangene.

S. Sondervorschriften für Zivilhaftgefangene.

§ 140.

Allgemeines.

1. Für Zivilhaftgefangene gelten dieselben Bestimmungen wie für die zu einfacher Haft Verurteilten (§ 138).

Hasträume.

2. Nach Bedarf sind besser ausgestattete, tunlich auch mit größerem Fenster versehene Räume bereit zu stellen.

Briefverkehr.

3. Der briefliche Verkehr ist unbeschränkt und wird in der Regel nicht überwacht. Wenn jedoch Tatsachen vorliegen, die den Verdacht eines Mißbrauchs begründen, kann der Briefverkehr vom Vorsteher überwacht werden. § 97 Abs. 6 und 7 findet dann entsprechende Anwendung. Die Gefangenen dürfen eigenes Briefpapier verwenden.

Zeitungen, Bücher.

4. Die Gefangenen dürfen Zeitungen halten und eigene Bücher und Schriften benutzen. § 106 Abs. 3 findet Anwendung.

Besuche.

5. Besuche dürfen ohne Anwesenheit eines Beamten zugelassen werden.

Reinigung der Zellen.

6. Die Reinigung der Hasträume, Nachtkübel usw. veranlaßt die Anstaltsverwaltung.

Sonstige Sondervorschriften.

7. Im übrigen vergl. §§ 39 (Annahme), 44 (Durchsuchung), 47 (Unterbringung), 51 Abs. 2 (Einzelhaft), 76 (Bezeichnung der Hasträume), 87 (Arbeit), 109 (Erkrankung), 114 Abs. 2 (Entlassung).

T. Sondervorschriften für Durchgangs-, Polizei- und Militärarrestgefangene.

§ 141.

Durchgangsgefangene.

1. Die Durchgangsgefangenen sind entsprechend ihrer Eigenschaft als vorläufig festgenommene Personen oder Untersuchungsgefangene oder Strafgefangene zu behandeln. Sonderbestimmungen vergl. §§ 39 (Annahme), 79 Abs. 1 (Bekleidung), 62 Abs. 1b (Fesselung), 73, 74 (Hausstrafen)

Schuhhaft. Auslieferung.

2. Die in Schuhhaft genommenen Personen sowie die zur Auslieferung oder Ausweisung bestimmten Ausländer sind Polizeigefangene. Die Hausstrafgewalt hat der Vorsteher.

Polizeigefangene.

3. Polizeiliche Strafgefangene stehen den zu einfacher Haft Verurteilten gleich (§ 138). Sonderbestimmung vergl. §§ 39 (Annahme), 47 (Unterbringung).

Überweisung an die Landespolizeibehörde.

4. Zur Überweisung an die Landespolizeibehörde Verurteilte sind nach Verbüßung der gerichtlich verhängten Strafe (§§ 362, 181a StGB.) bis zur Übernahme durch die Polizeibehörde nach den Bestimmungen für den Vollzug einfacher Haft zu behandeln. (§ 138).

§ 142.

Militärarrest.

1. Der Militärarrest wird in Einzelhaft oder Zellenhaft verbüßt. Für den gelinden Arrest gelten im übrigen die Bestimmungen über die einfache Haft.

2. Der Mittelarrest wird in der Art vollstreckt, daß der Verurteilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält. Diese Schärfungen fallen am vierten, achten, zwölften und demnächst an jedem dritten Tage fort. Insoweit der Gesundheitszustand des Verurteilten die Verbüßung des Mittelarrestes nicht zuläßt, finden die Vorschriften über den gelinden Arrest Anwendung (vergl. §§ 24 bis 27 Mil. Strafbuch, §§ 126, 127 Militärstrafvollstreckungsvorschrift).

II. Unterhaltung der Gebäude und der Bestände. Bücher- und Listensführung.

§ 143.

Gebäude und Bestände.

1. Die Gebäude sowie die Einrichtungs-, Lagerungs- und Bekleidungsgegenstände sind dauernd in gutem Zustande zu halten.

2. Die Notwendigkeit von Ausbesserungen ist sofort dem Vorsteher schriftlich anzuzeigen.

3. Der bauliche Zustand der Anstalten ist in regelmäßigen Zwischenräumen durch die Baubehörde nachzurufen.

§ 144.

Bücher und Listen.

1. In jeder Anstalt sind zu führen:

- a) das Gefangenenbuch,
- b) das Belegungsbuch,
- c) die Liste der den Gefangenen abgenommenen Gegenstände,
- d) das Hausstrafenbuch,
- e) der Entlassungskalender,
- f) die Nachweisung der Bestände,
- g) das Beschäftigungsbuch,
- h) das Krankenbuch.

2. In der Landesstrafanstalt sind außerdem die Listen über den Zu- und Abgang im Gefangenbestande zu führen.

3. Das Gefangenen- und Belegungsbuch können miteinander verbunden werden.

4. Ob noch andere Listen zu führen sind, bestimmt nach dem örtlichen Bedürfnis der Vorsteher.

Detmold, den 21. Februar 1925.

Lippisches Landespräsidium.

Drake. Böhmer. Müller.